

## Sozialstruktur und Parteiensystem in Deutschland 1912-1924

Winkler, Jürgen R.

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:  
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Winkler, J. R. (1992). Sozialstruktur und Parteiensystem in Deutschland 1912-1924. *Historical Social Research*, 17(1), 53-102. <https://doi.org/10.12759/hsr.17.1992.1.53-102>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:  
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

### Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:  
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

## Sozialstruktur und Parteiensystem in Deutschland 1912-1924

*Jürgen R. Winkler\**

Abstract: Since the industrial and democratic revolution the German parties were more or less anchored in the social structure. Following the leading interpretation, the German party system has been described as being determined by a remarkable degree of stability from 1871 to the end of the Weimar Republic. This article examines the relationship between the social structure and the German party system in the restless period from the Kaiserreich to the Weimar Republic and adduces some doubts on the general stability-hypothesis. Using stable aggregate data for about 300 territorial units the development of the Conservative, Catholic, Socialist and Liberal parties in Germany at elections throughout the Reich from 1912 to 1924 are systematically compared with the distribution of important statistical data describing the social structure. It is shown that socio-structural variables determined the German party system at the end of the Kaiserreich and at the beginning of the Weimar Republic to a large extent. On the transition from the Kaiserreich to the Republic the relationship between some socio-structural variables and the political parties were stable whereas others changed gradually or abrupt. Thus there is reason to believe that the German party system 1912 to 1924 was not as stable as most historians and social scientists assert.

---

\* Address all communications to Jürgen R. Winkler, FU Berlin Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung, Malteser Str. 74-100, 1000 Berlin 46.

## 1. Problemstellung

Mitte der sechziger Jahre bescheinigte Lepsius dem deutschen Parteiensystem eine »bemerkenswerte Stabilität und gradlinige Entwicklung von 1871 bis 1928« (1). Die Stabilitätsbehauptung scheint derart plausibel zu sein, daß die herrschende Wahl- und Parteiengeschichtsschreibung Lepsius in dieser Beurteilung bis heute folgt. Daß sich das deutsche Parteiensystem kaum verändert habe, wird nicht nur für Normalzeiten postuliert, sondern auch für Phasen grundlegender gesellschaftlicher Umbrüche, wie etwa dem beim Übergang von der Monarchie zur Weimarer Republik: »Das Gesamtgefüge des deutschen Parteien Systems ist beim Übergang von der Monarchie zur Republik relativ wenig verändert worden und bis zum Aufstieg der NSDAP zur Massenpartei am Ende der zwanziger Jahre im wesentlichen stabil geblieben« (2). Ein Blick auf die Zusammensetzung des letzten Reichstages des Kaiserreichs, der Nationalversammlung 1919 und der ersten beiden Reichstage der Weimarer Republik pflegt tatsächlich kaum Veränderungen im Gesamtgefüge des deutschen Parteien Systems zu zeigen. Wie im kaiserlichen Deutschland saßen mit nur geringen Verschiebungen der Gewichte am Anfang der Weimarer Republik wieder jene fünf großen Parteiformationen im nationalen Parlament, die im allgemeinen den vier ideologischen Hauptströmungen Sozialismus, Katholizismus, Konservativismus und Liberalismus zugerechnet werden.

Die Beobachtung relativ stabiler Parteiblöcke auf gesamtgesellschaftlicher Ebene hat die Theoriebildung vieler Autoren inspiriert; u.a. hat sie die Suche nach den Bedingungen politischer Stabilität beeinflußt. Lepsius zeichnete den Weg in seinem bemerkenswerten Aufsatz über »Parteiensystem und Sozialstruktur« vor, indem er die »Stabilität und gradlinige Entwicklung des deutschen Parteiensystems« ähnlich wie Lipset und Rokkan auf sozialstrukturelle Faktoren zurückführte (3). Ohne hier die Plausibilität der theoretischen Konstruktionen in Zweifel ziehen zu wollen, ist doch darauf hinzuweisen, daß zur Begründung des Stabilitätsurteils lediglich globale Betrachtungen der Stimmen an teile der Parteien bzw. politischen Lager dienen. Aus Erfahrung wissen wir jedoch, daß sich hinter dem auf der nationalen Ebene sichtbaren Erscheinungsbild normalerweise größere Veränderungen verbergen können. Häufig stehen derartige Wandlungen in Zusammenhang mit der sozialstrukturellen Verankerung der politischen Parteien. Es ist daher zumindest zu prüfen, ob sich nicht auch hinter dem vertrauten nationalen Erscheinungsbild beim Übergang von der konstitutionellen Monarchie zur parlamentarischen Demokratie mit der Sozialstruktur zusammenhängende Veränderungen verborgen haben.

**Tabelle 1: Die Stärke der politischen Hauptgruppierungen zwischen Kaiserreich und Republik (Angaben in Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen)**

Wahl	Sozialistische Parteien	Liberales Parteien	Konservative Parteien	Katholische Parteien
1912	34,8	25,8	14,6	16,4
1919	45,5	23,0	10,3	19,7
1920	41,6	22,2	15,1	17,8
1924a	33,9	14,9	19,5	16,6

**Sozialistische Parteien:** SPD, USPD, KPD. **Liberales Parteien:** FVP, NL, DDP, DVP. **Konservative Parteien:** WP, DRF, RP, DK, DNVP. **Katholische Parteien:** Zentrum, CVP, BVP.

In nahezu allen historischen und modernen Wahl- und Parteienstudien gehen die Autoren von einem Zusammenhang zwischen der Sozialstruktur und dem Wahlverhalten bzw. der Entwicklung von Parteiensystemen aus. Oft wird jedoch unterlassen anzugeben, welcher Art der Zusammenhang ist. Und nicht selten wird eine für eine bestimmte Wahl gültige Beziehung zwischen sozialstatistischen Merkmalen und der Stärke einer politischen Partei ohne zusätzliche Evidenzen auf frühere oder spätere Zeiten übertragen. Induktive Schlüsse dieser Art sind jedoch nur zulässig, wenn man Stabilität bereits voraussetzt. Da sich die Zuordnung von Sozialstruktur und Parteien System über die Zeit allmählich verschieben kann, sind solche Verallgemeinerungen immer problematisch. Daß Parteien Wandlungen hinsichtlich der Wählerrekrutierung durchmachen können, zeigen zum Beispiel Falter, Lindenberger und Schumann für die Weimarer Republik (4). Ist die historisch-sozialwissenschaftliche Forschung an der Frage interessiert, welche Wirkung die Sozialstruktur auf den politischen Prozeß in geschichtlichen Phasen genau genommen hat, d.h. daran, wie stabil das deutsche Parteien System in der Realität war, kommt sie allein schon aus diesen Gründen an empirischen Untersuchungen nicht vorbei. Angesichts der Bedeutung, die der Sozialstruktur für die Entwicklung der politischen Parteien im wissenschaftlichen Schrifttum zugeschrieben wird, ist es allerdings erstaunlich, wie wenig Aufmerksamkeit dem Verhältnis von Sozialstruktur und Parteien System in einer der wichtigsten politischen Umbruchphasen in der deutschen Geschichte bisher geschenkt worden ist. Überblickt man das Forschungsfeld, so wird deutlich, daß mittlerweile zahlreiche Arbeiten über die sozialstrukturelle Verankerung der politischen Parteien insbesondere über die Endphase der Weimarer Republik (5) und die Bundesrepublik Deutschland vorliegen (6). Obwohl auch die Entwicklung der Parteien beim Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik Gegenstand vieler Darstellungen geworden ist (7), befinden wir uns hinsichtlich des Objektbereichs Sozialstruktur und Parteien System 1912-1924 dennoch erst im Anfangsstadium (8).

Im folgenden soll diese Lücke ein wenig angefüllt werden, indem wir die Entwicklung der vier politischen Hauptrichtungen in den Jahren 1912 bis 1924 in Abhängigkeit von der Sozialstruktur in empirischer Absicht vergleichend untersuchen. Ein Vergleich der Wähleranteile mit sozialstatistischen Merkmalen zeigt, inwiefern die Stärke der politischen Lager in den Jahren 1912 bis 1924 tatsächlich von der Sozialstruktur beeinflusst wurde, und er gibt Auskunft darüber, wie stabil das deutsche Parteiensystem in dieser Umbruchphase gewesen ist. Die empirische Analyse wird einige oft geäußerte Ansichten empirisch untermauern, wie etwa die Ritters, daß der Konservatismus am Anfang der Weimarer Republik in Städte vordringen konnte, und daß die sozialistischen Parteien 1919 besonders in den ländlichen Gebieten starke Zugewinne auf ihr Konto schreiben konnten (9). Sie wird darüber hinaus aufzeigen, in welchem Maße die strukturellen Größen Katholikenanteil, Industrialisierung, Verstädterung und Arbeiteranteil die Wählermobilisierung der vier Hauptrichtungen über die Zeit bestimmte. Es sei vorweggenommen, daß die Beziehungen zwischen den strukturellen Faktoren und den Wähleranteilen größeren Veränderungen unterworfen war, als dies in der einschlägigen Literatur angenommen wird.

## 2. Datengrundlage und Methode

Zur Analyse historischer Wahlen stehen uns leider keine Umfragedaten zur Verfügung. Weil eine intuitive Schau der Dinge ohne anschließende empirische Prüfungen zu keinem Erkenntnisfortschritt führt, steht uns zur Klärung der Zusammenhänge nur das Instrumentarium der Aggregatdatenanalyse zur Verfügung. Die in die vorliegende Analyse einbezogenen Aggregatdaten informieren a) über die Verteilung der Wähleranteile der vier politischen Lager und b) über konfessionelle und sozialstatistische Merkmale in territorial definierten Erhebungseinheiten. Bei den sozialstatistischen Merkmalen handelt es sich um die Verstädterung, den Grad der Industrialisierung, den Anteil der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft und den Prozentsatz der Arbeiter (10). Die auf der Aggregatebene vorliegenden Informationen können als kollektive Sozialisationsindikatoren aufgefaßt werden, da sie Hinweise auf soziale Einflußprozesse zu liefern vermögen.

Die Beantwortung der Frage nach dem Zusammenhang von Sozialstruktur und Parteien System beim Übergang von der konstitutionellen Monarchie zur liberaldemokratischen Republik kann erst einer Klärung näher gebracht werden, wenn die in den Quellen ausgewiesenen Informationen aufbereitet und in geeigneten Datensätzen zur Verfügung stehen. Im folgenden wird von zwei Datensätzen Gebrauch gemacht. Der

erste der beiden Datensätze dient der Querschnittsanalyse am Vorabend des Ersten Weltkriegs. Er enthält die Wahldaten der einzelnen Parteien für die 397 Reichstagswahlkreise des Kaiserreichs sowie die Konfessionsverteilung und die Anteile, die die drei wirtschaftlichen Sektoren nach der Berufszählung des Jahres 1907 in diesen territorialen Einheiten einnehmen. Der zweite Datensatz dient der Längsschnittanalyse. Er enthält die Wahldaten aller reichsweiten Wahlen der Jahre 1912 bis 1924 sowie die wichtigsten Volks- und Berufszählungsdaten des Jahres 1925. Zurecht hat Ritter in seinem Aufsatz über »Kontinuität und Umformung des deutschen Parteien Systems« hervorgehoben, daß die Änderungen in den offiziellen Statistiken zugrunde liegenden Gebietseinheiten Vergleiche zwischen den Wahlen des Kaiserreichs und der Weimarer Republik erschweren (11). Tatsächlich sind die Grenzen der Wahlkreise und die der Verwaltungskreise nicht identisch. Und auch die nationale Grenze hat sich aufgrund der Gebietsabtretungen nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg geändert. Erschwerend kommt hinzu, daß sich die Gebiete, für die Wahldaten vorliegen, häufig nicht mit den Gebieten decken, für die sozialstrukturelle Daten zur Verfügung stehen. Es mußte aus diesen Gründen eigens für diese Zwecke ein längsschnittlich stabiler Datensatz erstellt werden. Wegen der Verwaltungs- und Gebietsreformen im Untersuchungszeitraum sowie Überschneidungen der Reichstags Wahlkreise des Kaiserreichs mit den Verwaltungsgrenzen habe ich die in den Statistiken ausgewiesenen Einheiten zu 306 zwischen 1912 und 1925 stabilen territorialen Untersuchungseinheiten zusammengefaßt. Leider sind die Wahlberechtigten für die Wahl zur Nationalversammlung jedoch in der Quelle nicht ausgewiesen. Weil aber die Wähleranteile und nicht die Stimmenanteile verglichen werden müssen, um die Mobilisierung der Parteien in Erfahrung zu bringen, sind die Wahlberechtigten der ersten Reichstagswahl 1920/22 als Wahlberechtigte bei beiden Wahlen eingesetzt worden. Für die von Gebietsabtrennungen betroffenen Gebiete beruhen die Wahlberechtigtenzahlen auf Schätzungen.

Zur Klärung der Zuordnung von Sozialstruktur und Parteien System scheint es am besten zu sein, die Verteilungen verschiedener Merkmale in den Gebietseinheiten systematisch zu vergleichen. Der Vergleich kann um so fruchtbarer werden, je mehr Gebietseinheiten zur Verfügung stehen. Bei nur wenigen großen Gebietseinheiten (etwa den 35 Reichstagswahlkreisen der Weimarer Republik) heben sich bekanntermaßen die Unterschiede zwischen den Häufigkeitsverteilungen der Merkmale zwischen den Beobachtungseinheiten tendenziell auf. Mit der Anzahl der verfügbaren Gebietseinheiten steigen die Vergleichsmöglichkeiten und damit die Chancen, theoretisch mögliche Störgrößen zu kontrollieren. Die Kontrolle potentieller Störfaktoren ist notwendig, um die tatsächlichen Relationen an das Tageslicht zu fördern. Wählt man eine induktive Vorgehens weise,

so muß man sich ferner darüber im klaren sein, daß die Aussagekraft des Vergleichs von Aggregatdaten mittels geeigneter statistischer Verfahren aus logischen Gründen begrenzt ist. Es können lediglich raum-zeitlich-begrenzte Sätze über Wahl- oder Gebietseinheiten aufgestellt werden, nicht aber über Individuen. Wenn man z. B. ausführt, daß mit steigendem Arbeiteranteil in den Reichstagswahlkreisen die Stimmenanteile der Sozialdemokratie steigen, so kann man daraus logisch nicht folgern, daß ausschließlich oder weit überwiegend Arbeiter die SPD gewählt haben. Die Sätze, die die beobachteten Zusammenhänge beschreiben, können zur Prognose der Wähleranteile einer bestimmten Strömung in Untersuchungseinheiten herangezogen werden. Sind hingegen die Parteianteile beeinflussenden Faktoren aufgrund theoretischer Anstrengungen bekannt, oder hat man bestimmte Vermutungen über die Zusammensetzung der Wählerschaft einer Partei, und führt man empirische Untersuchungen durch, um die hypothetischen Aussagen zu prüfen, so können Analysen auf der Basis von Aggregatdaten Auskunft darüber geben, inwiefern sich die Hypothesen bewähren. Geht man deduktiv, d.h. theoriegeleitet vor, können Vergleiche von Aggregatdaten mithin auch Vermutungen über Individualbeziehungen stützen oder vorläufig verwerfen.

Beobachtet man, daß beispielsweise der Liberalismus in den verstäderten Gebieten des Kaiserreichs systematisch besser abschneidet als in den ländlichen Gebieten (was im übrigen falsch ist, wie noch zu zeigen sein wird), und formuliert man eine gesetzesförmige Aussage »Je weniger Städter in einer Gebietseinheit wohnen, desto höher fällt der Wähleranteil der Liberalen aus«, so liefert diese gesetzesartige Aussage eine Verallgemeinerung über den Zusammenhang von Urbanisierung und dem Wähleranteil des organisierten politischen Liberalismus. Diese Verallgemeinerung beruht auf Beobachtungen und teilt mit, welche Verteilung politischen Verhaltens erwartet wird, wenn der Grad der Urbanisierung bekannt ist. Solche empirischen Verallgemeinerungen sagen nur darüber etwas aus, welches Resultat individuellen Verhaltens auf der Ebene des Kollektivs bei gegebenen sozialstrukturellen Randbedingungen in den Untersuchungseinheiten mit einer mehr oder weniger großen Wahrscheinlichkeit auftreten wird. Kenntnisse der Beziehungen auf der Gebietsebene reichen aus, wenn man an der Frage interessiert ist, warum der Wähleranteil der Partei X in Gebiet Z so war, wie er war. Ist man hingegen an der Frage interessiert, warum bestimmte Personen sich so verhalten haben, wie sie sich verhalten haben, so reicht die Kenntnis der Beziehung auf der Gebietsebene nicht aus. Vielmehr sieht diese Frage die empirische Verallgemeinerung »Je weniger Städter in einer Gebietseinheit wohnen, desto höher fällt der Wähleranteil der Liberalen aus« selbst wieder als erklärungsbedürftig an. An dieser Stelle geht es uns aus pragmatischen Gründen in erster Linie um Fragen der ersten Art.

Im folgenden wird die Entwicklung der vier politischen Hauptströmungen beim Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik in Beziehung gesetzt zu einigen strukturellen Merkmalen. Die Vergleiche ermöglichen es, mehr in Erfahrung zu bringen über allmähliche Verschiebungen in der Zuordnung von Sozialstruktur und politischen Strömungen. Ich werde zunächst die sozialstrukturelle Verankerung des deutschen Parteien Systems am Vorabend des Ersten Weltkriegs untersuchen, sodann die Entwicklung der Beziehungen zwischen Sozialstruktur und Parteien System bei den Wahlen 1912-1924.

### **3. Die Struktur des deutschen Parteien Systems am Vorabend des Ersten Weltkriegs**

#### **3.1 Die Regionalisierung des Parteien Systems**

Im Jahrzehnt vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs bestanden hinsichtlich der Zahl und der Stärke der einzelnen Parteien in den verschiedenen Regionen Deutschlands sehr unterschiedliche Parteiensysteme. In einigen Reichstagswahlkreisen existierten aufgrund der Dominanz einer Partei praktisch Einparteien Systeme wie etwa in den Reichstagswahlkreisen Geilenkirchen-Heinsberg-Erkelenz (Provinz Rheinland), in dem bei der Reichstagswahl im Jahr 1912 86,4 Prozent der Wahlberechtigten für das Zentrum stimmten, oder dem vierten Berliner Reichstagswahlkreis, in dem 66,9 Prozent der Männer im Alter von über 25 Jahren für die SPD votierten. In anderen Reichstags Wahlkreisen konkurrierten im Jahr 1912 zwei oder mehr Parteien miteinander. So standen sich beispielsweise im Reichstagswahlkreis Sorau (Provinz Brandenburg) mit den Nationalliberalen (45,1%) und den Sozialdemokraten (44,9%) etwa zwei gleich starke politische Parteien gegenüber, während etwa im Reichstagswahlkreis Kaiserslautern (Pfalz) die Wählerschaft in drei Lager (Sozialdemokraten, Linksliberale und Konservative) gespalten war.

Die regional äußerst unterschiedliche Mobilisierungskraft der vier wichtigsten Parteilager zeigt sich in aller Deutlichkeit an der Verteilung der Wähleranteile in den 397 Reichstagswahlkreisen des Kaiserreichs. Während die Sozialdemokratie bei der letzten reichsweiten Wahl im Kaiserreich im Durchschnitt aller Reichstagswahlkreise fast ein Drittel der Wählerstimmen gewann, kam sie in 54 Reichstagswahlkreisen nicht über fünf Prozent der Wählerstimmen hinaus. Hingegen rekrutierte sie in 92 Reichstagswahlkreisen über 40 Prozent der Wahlberechtigten. Die konservativen Parteien, die auf nationaler Ebene zusammen immerhin noch 12,8 Prozent der Wahlberechtigten mobilisieren konnten, vermochten in fast der Hälfte aller Reichstagswahlkreise nicht, auch nur fünf Prozent der



Wählerstimmen zu gewinnen. Dagegen erzielten sie in 48 Reichstagswahlkreisen über 40 Prozent. Für den organisierten politischen Liberalismus votierten in 67 Reichstagswahlkreisen weniger als fünf Prozent der Wahlberechtigten. Und während in 296 Reichstagswahlkreisen mindestens ein Fünftel aller Wahlberechtigten für eine der beiden liberalen Parteien stimmten, waren es in 34 Reichstagswahlkreisen sogar über vier Zehntel der wahlberechtigten Bevölkerung. Noch extremer streuten die Wähleranteile des Zentrums. In fast zwei Drittel aller Reichstagswahlkreise votierte nicht einmal jeder zwanzigste Wahlberechtigte für die auf Reichsebene mit 13,8 Prozent der Wählerstimmen zweitstärkste Partei. Dagegen stimmten in mehr als einem Fünftel aller Reichstagswahlkreise mindestens vier von zehn Wahlberechtigten für die Zentrumspartei.

**Tabelle 2: Die Wählermobilisierung der politischen Lager in den 397 Reichstagswahlkreisen bei der Reichstagswahl im Jahr 1912**

Prozent Wähleranteil	SPD		Z		LIB		KON	
	A	%	A	%	A	%	A	%
unter 5	54	13,6	256	64,5	67	16,9	177	44,6
5 - 20,0	127	32,0	26	6,5	93	23,4	70	17,6
20 - 40,0	124	31,2	30	7,6	203	51,1	102	25,7
über 40,0	92	23,2	85	21,4	34	8,6	48	12,1
<b>Gesamt</b>	<b>397</b>	<b>100,0</b>	<b>397</b>	<b>100,0</b>	<b>397</b>	<b>100,0</b>	<b>397</b>	<b>100,0</b>

**A: Zahl der Reichstagswahlkreise. Lesebeispiel: In 54 oder 13,6 Prozent der 397 Reichstagswahlkreise stimmten weniger als 5 Prozent der Wahlberechtigten für die SPD.**

Die regional sehr unterschiedlichen Parteiensysteme werden in der Literatur häufig mit der Sozialstruktur der jeweiligen Reichstags Wahlkreise in Verbindung gebracht. In der Geschichtswissenschaft hat insbesondere Ritter zur Begründung seiner Aussagen über die soziale Basis der Parteien und zur Erklärung der Parteistärken auf die Verteilung des primären, sekundären und tertiären Sektors verwiesen (12). Noch mehr betont die moderne empirische Wahlforschung die Bedeutung sozialstruktureller Merkmale für das Abschneiden der Parteien. So führt zum Beispiel Kaase die regionalen Unterschiede in den Wahlergebnissen in erster Linie auf die unterschiedliche regionale Verteilung der sozialstrukturellen Variablen Landwirtschaft, Konfession und Arbeiter zurück (13). Das heißt, die Stär-

ke der Parteien wird als eine Funktion der drei genannten Variablen betrachtet. Daß die Sozialstruktur tatsächlich einen gewichtigen Einfluß auf die Stärke der einzelnen Parteien und die Parteienlandschaft insgesamt ausgeübt hat, zeigen u.a. die Studien von Conradt, Falter, Hänisch, Pappi und Urwin (14).

Als das tragfähigste Konzept zur Erklärung der Entwicklung von Parteien und Parteien **Systemen** gilt noch immer die von Lipset und Rokkan vorgelegte Cleavage-Theorie. Dieser Konzeption zufolge reflektieren Parteien durch die Sozialstruktur vor geprägte konstitutive soziale Konflikte innerhalb einer Gesellschaft. Die unterschiedlichen lokalen bzw. regionalen Parteiensysteme seien letztlich Ergebnis in der Sozialstruktur verankerter Konflikte. Die Anzahl der Konflikte und die Art der Koalitionsbildungen zwischen Eliten und sozialen Gruppen beeinflusse die Nachfrage nach Parteien und die Segmentierung der Wählerschaft. Übertragen auf die deutsche Situation, waren demnach die sich im Kaiserreich herausbildenden regional unterschiedlichen Parteien**Systeme** Resultat von vergangenen Wählermobilisierungen (15). Die an bestimmten Verhaltensweisen interessierten Eliten stritten um unterschiedliche Wertvorstellungen reflektierende politische Themen, spalteten sich und mobilisierten bestimmte soziale Gruppen der Wählerschaft. Das Resultat derartiger Mobilisierungen waren Koalitionen zwischen den Parteien und sozial definierten Gruppen der Gesellschaft. Geschlossen wurden diese Koalitionen, als die betroffenen Bevölkerungsteile zum ersten Mal infolge von Wahlrechtsausweitungen politisch mobilisiert wurden (16). Grundlage dieser theoretischen Konzeption ist die Hypothese, daß die Gegensätze der Parteien ihren Ursprung in sozialstrukturell verfestigten gesellschaftlichen Interessengegensätzen haben.

Die Cleavage-Theorie geht davon aus, daß grundlegende strukturelle Konflikte affektive Bindungen an Parteien zur Folge haben. Parteibindungen entstehen während der Austragung von Konflikten. Die an solchen Konflikten Beteiligten wahrnehmen die jeweiligen Gegner als negative Bezugsgruppe. Diese Einstellung bleibt mit abnehmender Intensität auch für zukünftige Beurteilungen relevant und wird im Sozialisationsprozeß über Generationen mit jedoch abnehmender Ausprägung erhalten. Die affektiven Bindungen an Parteien und die Konfliktdimensionen betreffenden sonstigen Einstellungen hinsichtlich der daran beteiligten Gruppierungen werden im historischen Verlauf geschwächt, lösen sich, so die generelle Annahme, mit der zeitlichen Entfernung von der Austragung des Konflikts jedoch nicht auf. Der Auflösungsprozeß wird abgeschwächt bzw. verhindert durch neue Bekräftigungen der den Koalitionsbildungen zugrundeliegenden Sinndimensionen.

Dauerhafte in der Sozialstruktur verankerte politische Konflikte, die ihren Ausdruck in Parteien **Systemen** gefunden haben, werden Cleavages

genannt. Cleavages trennen also verschiedene Personengruppierungen, deren Interessen durch verschiedene Parteien bzw. Parteilager vertreten werden. Folgt man der historisch-sozialwissenschaftlichen Literatur, so kam es zu derartigen dauerhaften Koalitionen, d.h. Parteibindungen zwischen der Arbeiterschaft und der SPD, der Katholiken mit dem Zentrum sowie der evangelischen Landbevölkerung mit den Konservativen. Zahlreiche empirische Studien zeigen, daß sich die ersten beiden Koalitionen noch heute im Wahlverhalten bei Bundestagswahlen auswirken (17).

Ein großer katholischer Bevölkerungsteil war mit dem Zentrum eine Koalition eingegangen. Diese begrenzte das Wählerpotential der Sozialdemokratie, der Liberalen und Konservativen (18). Das Gros der Erwerbstätigen in Industrie und Handwerk (vor allem die Industriearbeiterschaft) war eine Koalition mit der SPD eingegangen und diese begrenzte die Anhängerschaft der Konservativen und Liberalen sowie des Zentrums. Die evangelische Landbevölkerung schließlich war eine Koalition mit den Konservativen eingegangen und diese hemmte die Ausbreitung der Sozialdemokratie, der Liberalen und des Zentrums. Angenommen, die behaupteten Koalitionsbildungen treffen zu, so müssen sie auch auf der Makroebene sichtbar werden, d.h. der Ebene der Reichstagswahlkreise beobachten lassen. Es müßte sich nämlich zeigen, daß dort, wo eine Gruppe, die eine Koalition mit einer Partei eingegangen war, überproportional vertreten war, auch die entsprechende Partei ihre Hochburgen hatte.

### 3.2 Der bivariate Einfluß der Wirtschafts- und Konfessionsstruktur

Daß die soziale Zusammensetzung der Wahlkreise tatsächlich einen großen Einfluß auf das regional sehr unterschiedliche Abschneiden der Parteien am Vorabend des Ersten Weltkriegs hatte, läßt sich u.a. sehr deutlich zeigen, wenn man die 397 Wahlkreise nach den Anteilen der Erwerbstätigen in den drei Wirtschaftssektoren gruppiert und die Mittelwerte der politischen Hauptrichtungen in den jeweiligen Klassen ermittelt. Eine Möglichkeit der Gruppierung der Reichstagswahlkreise besteht zum Beispiel darin, die Reichstagswahlkreise nach dem Anteil der in Industrie und Handwerk erwerbstätigen Bevölkerung in eine Rangordnung zu bringen und anschließend in vier Gruppen (Quartile) einzuteilen, und zwar die 25 Prozent der Wahlkreise mit den niedrigsten Anteilen der Erwerbstätigen in Industrie und Handwerk in die erste Gruppe (I. Quartil), dann das Viertel der Reichstagswahlkreise mit den nächsthöheren Anteilen der Erwerbstätigen in Industrie und Handwerk in die zweite Gruppe (II. Quartil) usw. Anschließend berechnet man die Mittelwerte der Parteilager in den so gebildeten vier gleich mächtigen Gruppen von Reichstagswahlkreisen.

Führt man eine analytische Operation dieser Art durch, so zeigt sich, daß die SPD in den 25 Prozent der Wahlkreise mit den niedrigsten Pro-

zentsätzen an Erwerbstätigen in Industrie und Handwerk im Durchschnitt nur 7,9, in dem Viertel der Wahlkreise mit den höchsten Anteilen an Erwerbstätigen in Industrie und Handwerk hingegen im Mittel 40,8 Prozent der Wählerstimmen zu erzielen vermochte. Der Prozentsatz der Erwerbstätigen in Industrie und Handwerk in den einzelnen Reichstagswahlkreisen hatte also dem Augenschein nach einen sehr großen Einfluß auf die Stärke der Sozialdemokratie bei der Reichstagswahl im Jahr 1912. Auch die Stärke des konservativen Parteilagers, wozu hier die Deutschkonservativen, die Reichspartei, die Deutsche Reformpartei und die Wirtschaftliche Vereinigung gezählt werden, wurde von dem Anteil der in dem Wahlkreis lebenden Erwerbstätigen in Industrie und Handwerk determiniert. In dem ersten Quartil, d.h. den 25 Prozent der Wahlkreise mit dem niedrigsten Anteilen an Erwerbstätigen in Industrie und Handwerk, votierten im Mittel 23,6 Prozent der Wahlberechtigten für das konservative Parteilager, in der Gruppe der weit überdurchschnittlich industrialisierten Reichstagswahlkreisen dagegen lediglich 7,3 Prozent. Während es also der Sozialdemokratie gelang, mit steigendem Prozentsatz an Erwerbstätigen in Industrie und Handwerk auch einen größeren Anteil der Männer im Alter von über 25 Jahren in den Wahlkreisen zu mobilisieren, sank mit steigendem Prozentsatz der in Industrie und Handwerk erwerbstätigen Personen die Chance der Wählerrekutierung des konservativen Lagers. Inwieweit auch das Abschneiden des Zentrums und der liberalen Parteienfamilie von dem Grad der Industrialisierung beeinflusst wurde, kann aufgrund der zweidimensionalen Betrachtung nicht eindeutig beantwortet werden.

War die Sozialdemokratie in den am höchsten industrialisierten Reichstagswahlkreisen die mit Abstand stärkste Partei, so lag sie dort, wo das Gros der Bevölkerung von der Landwirtschaft lebte, auch noch 1912 in der Gunst der Wahlberechtigten hinter den drei politischen Hauptkonkurrenten. Sowohl das Zentrum als auch das konservative und liberale Lager vermochten hier weit mehr Männer im Alter von über 25 Jahren zu mobilisieren als die Sozialdemokratie. In den ländlichen Gebieten lagen die Hochburgen des Zentrum und des konservativen Parteienblocks. In den 25 Prozent der Reichstagswahlkreise mit den höchsten Anteilen an Erwerbstätigen in Land- und Forstwirtschaft stellten die Konservativen sogar die stärkste politische Kraft dar. Je mehr Erwerbstätige in Land- und Forstwirtschaft tätig waren, um so schwächer war die SPD und um so stärker waren die Konservativen und die Zentrumsparlei. Die Stärke des organisierten politischen Liberalismus scheint nur leicht negativ von diesem sozialen Faktor bestimmt worden zu sein.

Um die Art der regional sehr unterschiedlichen Parteien **Systeme** zu erklären, ist von vielen Autoren neben der Verteilung der Wirtschaftssektoren wiederholt auf die Konfessionszugehörigkeit der Bevölkerung in den territorialen Einheiten hingewiesen worden. Die Beobachtung, daß sich

**Tabelle 3a: Die Wähleranteile der politischen Lager bei der Reichstagswahl im Jahre 1912 in Abhängigkeit von dem Prozentsatz an Erwerbstätigen in Industrie und Handwerk in den 397 Reichstagswahlkreisen**

Erwerbstätige in Ind. u. Handwerk (Quartile)	SPD	Zentrum	Konservat.	Liberales
I.	7,9	17,6	23,6	17,4
II.	19,0	21,1	15,1	21,8
III.	34,5	8,7	12,2	24,0
IV.	40,8	12,2	7,3	22,3
<b>Gesamt</b>	<b>29,5</b>	<b>13,8</b>	<b>12,8</b>	<b>21,9</b>

Basis der Wähleranteile: Wahlberechtigte. Erwerbstätige und Berufszugehörige in Industrie und Handwerk 1907 nach Adolf Böck, Die Berufsgliederung der Reichstagswahlkreise, Memmingen 1911.

**Tabelle 3b: Die Wähleranteile der politischen Lager bei der Reichstagswahl im Jahre 1912 in Abhängigkeit von dem Prozentsatz an Erwerbstätigen in Land- und Forstwirtschaft in den 397 Reichstagswahlkreisen**

Erwerbstätige Land. u. Forstw. (Quartile)	SPD	Zentrum	Konservat.	Liberales
I.	42,9	9,6	5,5	23,3
II.	28,4	13,8	15,6	23,6
m.	18,4	17,2	18,2	22,3
IV.	7,5	21,4	22,4	15,2
<b>Gesamt</b>	<b>29,5</b>	<b>13,8</b>	<b>12,8</b>	<b>21,9</b>

Basis der Wähleranteile: Wahlberechtigte. Erwerbstätige und Berufszugehörige in Land- und Forstwirtschaft 1907 nach Adolf Böck, Die Berufsgliederung der Reichstagswahlkreise, Memmingen 1911.

Katholiken und Protestanten in ihrem Wahlverhalten unterscheiden, machten schon Zeitgenossen um die Jahrhundertwende. So beobachtete beispielsweise Braun, daß »einige Parteien ausschließlich in Gegenden mit überwiegend protestantischer Bevölkerung, andere in denen mit überwiegend katholischer Bevölkerung ihre Anhänger haben« (19). Ebenso konstatierten Blank und Klöcker, daß es die Sozialdemokratie in katholischen Gebieten erheblich schwerer hatte als in evangelischen Gebieten, Wähler zu rekrutieren (20). Diese auch schon empirisch unterfütterten Tendenzaussagen gehören mittlerweile zum Fundus des historisch-sozialwissenschaftlichen Wissens. Der Grund für den Zusammenhang ist die schon erwähnte Koalitionsbildung der deutschen Katholiken mit der Zentrumspartei.

Bildet man auch hinsichtlich der Konfession **Zugehörigkeit** der Bevölkerung vier gleich mächtige Klassen von **Reichstagswahlkreisen**, indem man die Reichstagswahlkreise entsprechend dem Prozentsatz der Katholiken ordnet, Quartile bildet und die Mittelwerte der Parteiblöcke innerhalb der Quartile berechnet, so zeigt sich der erwartete enorme Einfluß der Konfession auf die Struktur der regionalen Parteien **Systeme**. Die Stärke aller vier hier betrachteten politischen Hauptströmungen war am Vorabend des Ersten Weltkrieges zu einem ganz erheblichen Teil von der konfessionellen Zusammensetzung der Reichstagswahlkreise bestimmt. Es überrascht nicht, daß die Abhängigkeit des Zentrums von der konfessionellen Struktur der Reichstagswahlkreise am größten war. So vermochte die Zentrumspartei bei der Reichstagswahl im Jahr 1912 auf Reichsebene zwar nur 13,8 Prozent der Wahlberechtigten zu mobilisieren, doch gelang ihr in dem Quartil mit den höchsten Anteilen an Katholiken die Rekrutierung von 41,3 Prozent der Wahlberechtigten. Damit war das Zentrum in diesen Gebieten die mit Abstand stärkste politische Strömung. In den überwiegend katholischen Gebieten (IV. Quartil) war das Zentrum derart dominant, daß alle anderen politischen Strömungen zur praktischen Bedeutungslosigkeit verurteilt waren. Denn in den 25 Prozent der Wahlkreise mit den höchsten Katholikenanteilen stimmten nur 13,6 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung für die Sozialdemokraten, kam das liberale Parteilager nur auf 8,3 und das konservative Lager sogar nur auf 2,1 Prozent der Wählerstimmen. Sozialdemokraten, Konservative und Liberale erzielten folglich überdurchschnittliche Resultate in den mehrheitlich evangelischen Reichstagswahlkreisen, wo sich das Zentrum erst gar nicht der Wahl stellte.

**Tabelle 3c: Die Wähleranteile der politischen Lager bei der Reichstagswahl im Jahre 1912 in Abhängigkeit von der Konfessionzusammensetzung der 397 Reichstagswahlkreise**

Prozentsatz Katholiken (Quartile)	SPD	Zentrum	Konservat.	Liberale
I. (evang.)	32,6	0,0	23,2	27,7
II. (kath. Mind.)	41,9	1,1	13,9	25,5
III. (gemischt)	24,9	17,7	12,2	24,0
IV. (kath.)	13,6	41,3	2,1	8,3
<b>Gesamt</b>	<b>29,5</b>	<b>13,8</b>	<b>12,8</b>	<b>21,9</b>

**Basis der Wähleranteile: Wahlberechtigte. Katholikenanteil: Katholiken 1910.**

Der katholische Bevölkerungsteil war im Deutschen Reich in eine Minderheitenposition und hatte sich zu einer Subgesellschaft formiert. Diese Polarisierung fand ihren Ausdruck in der Segmentierung der Wähler.

lerschaft des Kaiserreichs. Oberndörfer, Rattinger und Schmitt heben denn auch hervor, daß sich die Parteien entlang der Konfessionsgrenze separat entwickelten (21).

Die bivariate Betrachtung hat gezeigt, daß die Sozialstruktur die Ausprägung regionaler Parteien **Systeme** am Vorabend des Ersten Weltkrieges in einem starken Maße beeinflusste. Offen bleibt im Rahmen reiner Sozialstrukturanalysen allerdings die Frage, warum Personen unterschiedlicher Erwerbstätigkeit oder Konfessionszugehörigkeit verschiedene Parteien wählten und warum die Stärke der Parteien von sozialstrukturellen Merkmalen bestimmt wurde. Zur Erklärung derartiger sozialer Regelmäßigkeiten muß man die erklärungsrelevanten, hier beobachteten Beziehungen unter allgemeinere Aussagen subsumieren, d.h. Theorien heranziehen, die diese Zusammenhänge zu erklären vermögen. Der Grund für das unterschiedliche Verhalten liegt, so die Cleavage-Theorie, darin, daß die Wahlberechtigten je nach sozialer Verortung unterschiedliche Interessen vertreten und diejenigen Parteien unterstützen, die am ehesten die relevanten Probleme zu lösen versprechen.

### 3.3 Gruppenzugehörigkeiten und Wahlverhalten

Wie ausgeführt, sind nach der Theorie von Lipset und Rokkan sowie Lepsius die Arbeiter eine Koalition mit der Sozialdemokratie und die Katholiken eine mit dem Zentrum eingegangen. Wenn Parteien mit gesellschaftlichen Gruppierungen Koalitionen eingehen, so erwartet man, daß die Parteien um so stärker werden, je größer die betreffenden Gruppierungen sind. Aus der Theorie folgen also u. a. die beiden Retrodiktionsprognosen, daß dort, wo überdurchschnittlich viele Katholiken lebten, auch das Zentrum überdurchschnittlich stark war, und daß dort, wo im Mittel mehr Arbeiter lebten, auch die Sozialdemokratie ihre Hochburgen hatte. Wie gezeigt, waren die theoretisch zu erwartenden bivariaten Beziehungen auf der Aggregatebene tatsächlich sehr ausgeprägt, und man ist daher geneigt, diesen Sachverhalt als eine Bestätigung der Cleavage-Theorie anzusehen. (Tatsächlich ist nicht mit dem Arbeiter an teil gerechnet worden, sondern mit den Erwerbstätigen in Industrie und Handwerk. Wir haben stillschweigend von der Annahme Gebrauch gemacht, daß mit steigender Industrialisierung auch der Arbeiteranteil steigt.) Nun muß man aber noch dem Umstand Rechnung tragen, daß sich die Menge der katholischen Personen und die Menge der in Industrie und Handwerk erwerbstätigen Personen überschneiden, und daß das Zutreffen zweier sich beeinflussender sozialer Regelmäßigkeiten die isolierte Anwendung jeweils eines dieser Gesetze stört, und daher z.B. die beobachtete Beziehung zwischen dem Grad der Industrialisierung und der Stärke der Parteilager die tatsächliche Wirkung des Industrialisierungsfaktors nicht angemessen

zum Ausdruck bringt. Hinzu kommt, daß nicht der Position in der Sozialstruktur alleine eine Wirkung auf das politische Verhalten zukommt, sondern auch der sozialen Umwelt, d.h. den Gruppen, denen die einzelnen Personen angehören.

Die Wirkung der Zugehörigkeit von Personen zu unterschiedlichen Gruppen hat im Anschluß an Simmel vor allem Lazarsfeld hervorgehoben (22). Jedes Individuum kann nämlich formales Mitglied verschiedener sozialer Kreise bzw. informeller sozialer Gruppen sein, die z. B. hinsichtlich der Merkmale Konfession, Beruf, Wohngegend etc. beschrieben werden können. Hinsichtlich der Verortung des Einzelnen in das Gefüge der sozialen Gruppen kann man zwei Gruppen von wahlberechtigten Personen unterscheiden. Wirkt der Einfluß verschiedener sozialer Gruppen, denen man angehört, in die gleiche Richtung, so befindet man sich in einem System konzentrischer sozialer Kreise. Ein Beispiel wären etwa die evangelischen Arbeiter in Industrie und Handwerk. Gehört man hingegen verschiedenen Gruppen an, von denen unterschiedliche politische Orientierungen ausgehen, so ist man einem System sich kreuzender sozialer Kreise ausgesetzt. Als Beispiel könnten die katholischen Arbeiter in der Industrie genannt werden. Ausgehend von der bewährten Verhaltensregelmäßigkeit, daß eine Bezugsgruppe, d.h. Gruppe, zu der eine Person gehört, eine Erwartung bezüglich des Wahlverhaltens zum Ausdruck bringt, stellt Lazarsfeld die zu Prognosezwecken sehr gut geeignete Hypothese auf, daß Wahlberechtigte, die verschiedenen informellen Gruppen angehören, neuen Einflüssen eher zugänglich sind, als diejenigen Wahlberechtigten, die Gruppen mit gleichen Wahlverhaltensnormen ausgesetzt sind. Diejenigen Wahlberechtigten, die sich in einem System konzentrischer sozialer Kreise befinden, entwickeln eine langfristig stabilere Parteiorientierung. Personen, die sich im Einflußbereich sich kreuzender sozialer Kreise befinden, würden hingegen eher dazu neigen, politische Meinungen zu revidieren und Parteiwechsel vorzunehmen. Ein evangelischer Industriearbeiter in einer überwiegend evangelischen Industriestadt befand sich demnach am Vorabend des Ersten Weltkriegs in einem konzentrischen Kreis, wenn sich in den entsprechenden informellen Gruppen gleichgerichtete Wahlnormen herausgebildet hatten. Das gleiche gilt für einen katholischen Landwirt in einer katholischen Region. Anders verhält es sich aber zum Beispiel im Falle eines katholischen Industriearbeiters in einer konfessionell gemischten Industriestadt, wenn in den informellen Gruppen unterschiedliche Wahlnormen bestanden. Ein katholischer Industriearbeiter befand sich dann nämlich in einem System sich kreuzender sozialer Kreise, d.h., eine Person mit derartigen Merkmalen war formelles Mitglied verschiedener sozialer Gruppierungen mit unterschiedlichen Verhaltensnormen. Die Zugehörigkeit von Wahlberechtigten zu verschiedenen formellen Gruppierungen mit konfligierenden Erwartungen führt dazu, daß diese



Personen alte Verhaltensweisen nicht in dem Maße internalisieren wie Wahlberechtigte, die sich in konzentrischen Kreisen befinden, und dies führt zu einer relativen Offenheit gegenüber neuen Einflüssen.

Warum die von Lazarsfeld behaupteten Verhaltensregelmäßigkeiten auftreten, erklärt Festingers Theorie der kognitiven Dissonanz (23). Kognitive Elemente, also Gedanken, Einstellungen, Meinungen usw. können nämlich als voneinander unabhängig oder in bestimmten Beziehungen zueinander stehend wahrgenommen werden. Kognitive Elemente stehen in dissonanter Relation zueinander, wenn sie nicht als zusammenpassend wahrgenommen werden, und konsonante Beziehungen liegen dann vor, wenn kognitive Elemente widerspruchlos zusammenpassen. Liegen dissonante Relationen vor, so entsteht dadurch ein unangenehmer, gespannter Zustand, die kognitive Dissonanz. Wenn die Sozialdemokratie besonders mit den Erwerbstätigen in Industrie und Handwerk eine Koalition eingegangen war und das Zentrum eine Koalition mit der Gruppe der Katholiken, und wenn diesen Koalitionen auf der kognitiven Ebene Sinnhaftes entsprach, dann mußte es zu Dissonanzen bei einem Teil der katholischen Erwerbstätigen in Industrie und Handwerk kommen. So gerieten z. B. in den katholischen Regionen die in Industrie und Handwerk erwerbstätigen Personen dann in einen Konflikt hinsichtlich ihres individuellen politischen Verhaltens, wenn die eine Partei eher die kulturellen Interessen, während die andere eher die materialistischen Interessen vertrat, und wenn dieser Sachverhalt von den betroffenen Personen auch so wahrgenommen wurde. Für das Wahlverhalten der ostelbischen Landarbeiter kann in diesem Zusammenhang der Umstand von Bedeutung sein, daß Meinungen bei einem erzwungenem Verhalten weniger resistent sind. Wenn etwa das Verhalten der ostelbischen Landarbeiter erzwungen war, wie das in einigen Darstellungen der Historiographie anklingt, so ist davon auszugehen, daß das politische Verhalten der Landarbeiter und die darauf bezogenen Meinungen nicht so stabil waren, wie die anderer Gruppen. Bei Wegfall des Zwangsmechanismus wären dann Verhaltensveränderungen im größeren Ausmaß zu beobachten. Das Auftreten kognitiver Dissonanzen hängt auch davon ab, ob Kognitionen auftreten, die mit dem wahrgenommenen Selbstbild im Widerspruch stehen, also z. B. davon, ob das politische Verhalten der Landarbeiter gegen die eigenen Auffassungen verstößt (24). Die Theorie der kognitiven Dissonanz behauptet nun, daß dann, wenn die kognitiven Dissonanzen ein bestimmtes Ausmaß übersteigen, die Menschen dazu neigen, die Dissonanz zu beseitigen oder wenigstens zu reduzieren. Die Dissonanzreduktion kann dergestalt erfolgen, daß man eine einmal gewählte Alternative aufwertet und das einstellungsdiskriminante Verhalten abwertet. Personen mit starken Dissonanzen hinsichtlich des Wahlverhalten können daher im Verlaufe von Wahlkampagnen Dissonanzen reduzieren, wenn es einer der Parteien gelingt, latente Prädispositionen zu aktivieren.

Die Kenntnis dieser Zusammenhänge erlaubt nicht nur in die Vergangenheit gerichtete Prognosen über das politische Verhalten in unterschiedlich strukturierten Reichstagswahlkreisen, sondern auch Schlüsse auf das Vorliegen direkt nicht beobachtbarer Randbedingungen. Aufgrund der oben angestellten Vermutungen folgt z. B. aus den theoretischen Zusammenhängen, daß, wenn man den Faktor Katholikenanteil konstant hält, ein überdurchschnittlich industrialisierter Reichstagswahlkreis eher sozialdemokratisch wählte, als einer, der dies nicht war. Und wäre zu beobachten, daß das Zentrum in den katholischen Reichstagswahlkreisen unabhängig von dem Industrialisierungsgrad oder dem Arbeiteranteil im gleichen Maße große Wähler an teile zu mobilisieren vermochte, so wäre die Vermutung begründet, daß es innerhalb der katholischen Arbeiterschaft keine der katholischen Wahlnorm widerstreitende Wahlnorm gab.

### 3.4 Die Koalitionen im Jahr 1912

Die Koalitionsbildung der Katholiken mit dem Zentrum und die eines Teils der in Industrie und Handwerk erwerbstätigen Personen mit der Sozialdemokratie führte, wie wir gesehen haben, je nach sozialer Zusammensetzung der Reichstagswahlkreise zu regional sehr unterschiedlichen Parteien **Systemen**. Innerhalb des protestantischen Bevölkerungsteils »entwickelte sich im Zuge der demokratischen und konstitutionellen Bewegung zunächst der Gegensatz zwischen Liberalen und Konservativen. Im Verlauf der Industrialisierung trat der Gegensatz zwischen Sozialdemokratie und Bürgertum hinzu. Damit hatten sich im evangelischen Bevölkerungsteil drei politische Gruppierungen gebildet: Konservative, Liberale und Sozialdemokraten. Deren Anhänger waren fast ausschließlich Protestanten, jedoch konnte oder wollte keine von ihnen sich in erster Linie als protestantische Partei oder gar als Partei des Protestantismus verstehen.« (25) Diese Ausdifferenzierung tritt in bivariaten Kreuztabellen nicht angemessen in Erscheinung. Sie sollte besser als in der bivariaten Betrachtung ans Licht kommen, wenn man in einem ersten Schritt die 397 Reichstagswahlkreise nach dem Prozentsatz der Katholiken und nach dem Prozentsatz der Erwerbstätigen in Industrie und Handwerk jeweils in Quartile unterteilt, im nächsten Schritt die Schnittmengen dieser Quartile bildet und schließlich die Mittelwerte der Parteien innerhalb der so gebildeten 16 Typen von Reichstagswahlkreisen berechnet (26).

Die Einteilung der 397 Reichstagswahlkreise des Deutschen Reichs nach dem Prozentsatz der Erwerbstätigen in Industrie und Handwerk und dem Anteil der Katholiken in 16 Gruppen zeigt denn auch das strukturell bedingte Gefälle der SPD-Anteile am Vorabend des Ersten Weltkrieges noch deutlicher (vgl. Tabelle 4a), als dies in den zweidimensionalen Betrachtungen zum Ausdruck kommt (vgl. Tabelle 3a u. 3c). Wie von der

Cleavage-Theorie prognostiziert, zeigt sich auf der Makroebene, daß die Prozentpunktdifferenzen zwischen den die Pole kennzeichnenden Gruppen von **Reichstagswahlkreisen** größer werden. So stimmten beispielsweise in den Reichstagswahlkreisen mit sehr hohem Katholikenanteil und einem sehr niedrigen Prozentsatz an Erwerbstätigen in Industrie und Handwerk im Durchschnitt nur 5,2 Prozent der Wahlberechtigten für die SPD, während es in den Reichstags **Wahlkreisen**, die zu dem Viertel der Reichstagswahlkreise mit den niedrigsten Anteilen an Katholiken und dem Viertel der Reichstagswahlkreise mit den höchsten Anteilen an Erwerbstätigen in Industrie und Handwerk gehörten, im Mittel 48,2 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung waren. Den Sozialdemokraten gelang es also, um so mehr Wähler zu mobilisieren, je niedriger der Katholikenanteil und je höher gleichzeitig der Prozentsatz der Erwerbstätigen in Industrie und Handwerk war. Daß die Sozialdemokratie zu einem großen Teil eine protestantische Partei war, zeigt sich vor allem an dem Gefälle der Sozialdemokratie in dem Viertel der Reichstagswahlkreise mit den höchsten Anteilen an Erwerbspersonen in Industrie und Handwerk. So vermochte die SPD in den hochindustrialisierten katholischen Regionen nur etwa ein Fünftel, in den hochindustrialisierten evangelischen Gebieten jedoch knapp die Hälfte aller Wahlberechtigten zu mobilisieren. In der regionalen Rekrutierung spiegelte sich mithin der Umstand, daß die SPD die Interessen der Landbevölkerung kaum aufgegriffen, die der Arbeitnehmer in den industrialisierten Gebieten aber um so mehr hervorgehoben hatte.

**Tabelle 4a: Die durchschnittlichen Wähleranteile der Sozialdemokratie bei der Reichstagswahl 1912 in den 397 Reichstagswahlkreisen mit einem unterschiedlichen Prozentsatz an Katholiken und Erwerbstätigen in Industrie und Handwerk**

Prozentsatz Katholiken (Quartil)	Erwerbstätige in Industrie und Handwerk (Quartil)			
	I	II	III	IV
I	13,0	28,8	37,6	48,2
II	9,5	23,4	42,1	49,6
III	4,5	15,8	27,5	35,0
IV	5,2	11,3	18,6	20,6

**Basis der Wähleranteile: Wahlberechtigte. Katholikenanteil: Katholiken 1910; Erwerbstätige und Berufszugehörige in Industrie und Handwerk 1907 nach Adolf Böck, Die Berufsgliederung der Reichstagswahlkreise, Memmingen 1911.**

Was das Zentrum betrifft, so war schon aus Tabelle 3c hervorgegangen, daß deren Wähleranteil in den Reichstagswahlkreisen mit zunehmendem Anteil der in den Reichstagswahlkreisen lebenden Katholiken anstieg. Geht man davon aus, daß katholische Erwerbstätige in Industrie und Handwerk nicht so stark in das katholische Milieu integriert waren wie

etwa die Angehörigen der beiden anderen Wirtschaftssektoren, so erwartet man, daß die Mobilisierungsleistung des Zentrums in katholischen Reichstagswahlkreisen mit steigendem Prozentsatz Erwerbstätige in Industrie und Handwerk sinkt. Aus der Kreuztabelle 4b geht aber hervor, daß dieser in der Literatur oft unterstellte Zusammenhang keineswegs eindeutig ist. Es scheint, als habe die Industrialisierung keinen systematischen Einfluß auf die Stärke des politischen Katholizismus am Vorabend des Ersten Weltkriegs genommen. Das würde bedeuten, daß der Druck, der von den Katholiken an die Mitglieder dieser Gruppe ausging, viel höher war, als der, der von der Gruppe der Erwerbstätigen in Industrie und Handwerk ausging.

**Tabelle 4b: Die durchschnittlichen Wähleranteile des Zentrums bei der Reichstagswahl 1912 in den 397 Reichstagswahlkreisen mit einem unterschiedlichen Prozentsatz an Katholiken und Erwerbstätigen in Industrie und Handwerk**

Prozentsatz Katholiken (Quartil)	Erwerbstätige in Industrie und Handwerk (Quartil)			
	I	II	III	IV
I	0,0	0,0	0,0	0,0
II	0,0	1,5	0,9	1,3
III	14,8	19,9	10,5	21,1
IV	42,1	49,7	34,5	37,3

Wie Tabelle 4a.

Wenn es zu einer Koalition eines großen Teils der evangelischen Landbevölkerung mit den konservativen Parteien gekommen war, ist zu vermuten, daß sich die in der bivariaten Betrachtung zum Vorschein kommenden Unterschiede der konservativen Wählerrekrutierung zwischen den Subgruppen von Reichstagswahlkreisen ebenfalls größer werden. Und zwar müßten die Konservativen dort besonders viele Wahlberechtigte mobilisiert haben, wo a) der Anteil der Erwerbstätigen in Industrie und Handwerk unterdurchschnittlich und b) der der protestantischen Bevölkerung hoch war. Tabelle 4c zeigt, daß der von der Cleavage-Theorie vorausgesagte Zusammenhang der Realität entspricht. In den wenig industrialisierten überwiegend evangelischen Gebieten stimmten bei der Reichstagswahl im Jahr 1912 fast 40 Prozent der Wahlberechtigten für eine der konservativen Parteien. Während ein großer Teil der evangelischen Landbevölkerung eine Koalition mit den konservativen Parteien, der katholischen Bevölkerung mit dem Zentrum und der Erwerbstätigen in Industrie und Handwerk mit der Sozialdemokratie eingegangen war, scheint allerdings keine größere Bevölkerungsgruppe eine mit den Liberalen geschlossen zu haben.

Die empirischen Befunde stützen mithin die Auffassung, daß sich die Wählerschaft der Konservativen, des Zentrums und der Sozialdemokratie aus den Bevölkerungssegmenten entlang der von Lipset und Rokkan behaupteten Konfliktlinien rekrutierten. Die von Lipset und Rokkan konstatierten Koalitionen zwischen Katholiken und Zentrum, zwischen Arbeitnehmern und Sozialdemokraten und zwischen dem Land und den Konservativen zeigen sich am Vorabend des Ersten Weltkriegs auf der Aggregatebene in aller Deutlichkeit. Auffallend ist, daß die Stärke des liberalen Parteilagers nicht von der Verteilung der Erwerbstätigen in den einzelnen Wirtschaftsabteilungen bestimmt wurde.

**Tabelle 4c: Die durchschnittlichen Wähleranteile der konservativen Parteien bei der Reichstagswahl 1912 in den 397 Reichstagswahlkreisen mit einem unterschiedlichen Prozentsatz an Katholiken und Erwerbstätigen in Industrie und Handwerk**

Prozentsatz Katholiken (Quartil)	Erwerbstätige in Industrie und Handwerk (Quartil)			
	I	II	III	IV
I	39,4	23,0	19,7	12,5
II	35,8	30,0	12,2	9,5
III	23,1	16,4	16,5	4,4
IV	4,9	0,5	1,8	1,4

Wie Tabelle 4a.

**Tabelle 4d: Die durchschnittlichen Wähleranteile der liberalen Parteien bei der Reichstagswahl 1912 in den 397 Reichstagswahlkreisen mit einem unterschiedlichen Prozentsatz an Katholiken und Erwerbstätigen in Industrie und Handwerk**

Prozentsatz Katholiken (Quartil)	Erwerbstätige in Industrie und Handwerk (Quartil)			
	I	II	III	IV
I	26,3	29,5	27,0	27,7
II	27,5	24,9	28,3	22,5
III	16,6	25,0	26,5	24,8
IV	6,2	10,4	7,3	9,0

Wie Tabelle 4a.

## 4. Vom Kaiserreich zur Republik

### 4.1 Die Wirkung von Koalitionen

Wenn die Mobilisierung einer sozialer Gruppierung durch eine politische Partei erst einmal abgeschlossen ist, ist deren Stärke vor allem von zwei Faktoren abhängig: Erstens vom sozialen Wandel, d.h. davon, ob neue soziale Gruppierungen entstehen und ob die soziale Gruppierung, die die Kernklientel der Partei stellt, weiter anwächst, stagniert oder schrumpft. Zweitens hängt die Entwicklung eines politischen Lagers davon ab, wie fest die Bindung zwischen Partei und sozialer Gruppierung ist. In politisch unruhigen Zeiten, d.h. beim Aufkommen neuer sozialer, kultureller oder politischer Konflikte werden sich die Personen mit geringen Parteiloyalitäten eher umorientieren als die Personen, die relativ feste Verbindungen mit einer Partei eingegangen sind. Politisch unruhige Zeiten können damit Hinweise darauf geben, wie fest bestimmte soziale Gruppierungen an eine politische Partei gebunden waren. Im Lichte der Bezugsgruppentheorie und der Dissonanztheorie kann man dann Schlüsse auf die Integration der Personen in bestimmte Gruppen wagen.

Die zwischen Parteien und bestimmten Bevölkerungssegmenten in Mobilisierungsphasen gebildeten Koalitionen finden, wie wir für das Jahr 1912 gezeigt haben, ihren Ausdruck darin, daß sich die Angehörigen der entsprechenden Gruppen weit überdurchschnittlich zugunsten der Koalitionspartei entscheiden. Die einmal zwischen politischen Eliten und sozialen Gruppen in Phasen der politischen Mobilisierung geschlossenen Koalitionen werden, so die Cleavage-Theorie, über einen längeren Zeitraum beibehalten (27). So schreibt Lepsius, daß die strukturelle Konflikte repräsentierten Parteien »auf die einmal politisch mobilisierten Gesinnungsgemeinschaften fixiert (bleiben) und (...) damit Konflikte ritualisiert und verewigt« werden (28). Für den Fall, daß alle größeren potentiellen Bevölkerungssegmente bereits einmal mobilisiert wurden, und sich die Relationen zwischen den einzelnen sozialen Bevölkerungsgruppen nicht grundlegend änderten, impliziert die Theorie stabile Parteien **Systeme**. Lazarsfeld vergleicht das politische Verhalten mit alltäglichen Verhaltensgewohnheiten und meint in bezug auf das konfessionelle Wahlverhalten, daß die die Wahlneigung beeinflussenden religiösen Faktoren im Laufe der Jahre dergestalt verstärkt werden, daß der Internalisierungsgrad bei älteren Menschen größer als bei jüngeren Menschen sei (29). Die Verhaltensgewohnheiten beruhen darauf, daß sich im Laufe des Koalitionsbildungsprozesses Wahlnormen herausbilden. Diejenigen sozialen Gruppen, die eine Koalition mit einer politischen Elite eingehen, internalisieren in einem mehr oder weniger starken Maße ein Verhalten, daß es zur Gewohnheit wird, also keinen äußeren Druck bedarf. Haben sich erst einmal po-

litische Verhaltensnormen in bestimmten Gruppen der Gesellschaft herausgebildet und verfestigt, so üben diese Normen einen Druck auf die Personen aus, die der Gruppe angehören. Die Lazarsfeldsche Bezugsgruppen-Theorie des Wählerverhaltens nimmt an, daß sich die Wahlberechtigten, die einer bestimmten Gruppe angehören, konform zur Wahlverhaltensnorm dieser Gruppe verhalten. Personen, die stärker in eine Gruppe integriert sind, verhalten sich hinsichtlich der Wahlverhaltensnorm dieser Gruppe konformer als schwächer integrierte. Und je länger eine Person einer Gruppe mit einer Wahlverhaltensnorm angehört, desto stärker ist sie in die Gruppe integriert und desto wahrscheinlicher ist ein stabiles Wahlverhalten. Haben die Wahlberechtigten dieselbe wirtschaftliche Stellung, denselben Wohnsitz und ähneln sich weitere Merkmale der sozialen Umwelt, so zieht dies auch eine stärkere Integration nach sich. Die Bildung von Koalitionen zwischen bestimmten nationalen Eliten und sozialen Gruppierungen erklärt den generellen, über einen längeren Zeitraum bestehenden Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und Parteien **System**. Die politische Sozialisation trägt dazu bei, daß einmal entstandene Koalitionen über Generationen in der Tendenz bestehen bleiben. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß die entsprechende Wahlnorm in einem starken Maße internalisiert ist. Kennt man die Wahlnorm einer sozialen Gruppe, weiß man zudem, wie lange die Wahlnorm schon besteht und in welchen Abständen sie verstärkt wurde, so kann man Parteiloyalitäten abschätzen.

Der Umstand, daß manche Wähler ständig die gleiche Partei unterstützen, während sich andere von Wahl zu Wahl anders entscheiden, führt dazu, daß normalerweise Änderungen in Wahlergebnissen durch das instabile Abstimmungsverhalten kleiner Personengruppen bewirkt werden. Es sind vor allem diejenigen Wahlberechtigten, die keine oder nur eine schwache Wahlnorm internalisiert haben. Die Entwicklung des Zusammenhangs von Sozialstruktur und Parteien über einen längeren Zeitraum gibt uns Auskunft über die Intensität der Koalitionen, die einmal zwischen sozialen Gruppierungen und nationalen Eliten geschlossen wurden, d.h. über die Stärke der Internalisierung von Wahlverhaltensnormen. Diejenigen Personengruppen, die keine oder nur eine schwache Wahlverhaltensnorm gelernt haben, verändern aufgrund politischer Ereignisse eher ihr Verhalten. Dort, wo sich Wahlberechtigte mit einem schwachen Internalisierungsgrad häufen, sind Parteien **Systeme** besonders instabil.

Auf einem gleichen Niveau positive Effektparameter zwischen Sozialstruktur und Parteien über einen längeren Zeitraum bedeuten, daß Parteien ihre Kernklientel über den betreffenden Zeitraum binden konnten. Instabile Koeffizienten machen zwar auf Veränderungen hinsichtlich der Rekrutierung, aber nicht unbedingt auf Veränderungen hinsichtlich der Kernklientel aufmerksam. Sie drücken den Grad der Internalisierung einer Wahlverhaltensnorm aus, machen also darauf aufmerksam, wo sich

diejenigen Wahlberechtigten häufen, die keine Wahlverhaltensnorm gelernt haben. In diesem Sinne hilft die längsschnittliche Analyse von Sozialstruktur und Parteien**System**, diejenigen Gruppen der Gesellschaft zu identifizieren, die von einer neuen Partei am leichtesten zu erobern sind.

#### 4.2 Der konfessionelle Cleavage

Im Kaiserreich war ein großer Teil der katholischen Bevölkerung eine Koalition mit dem Zentrum eingegangen. Wie zahlreiche empirische Untersuchungen zeigen (30), hat sich diese Koalition über mehrere Jahrzehnte als sehr stabil erwiesen. Die emotionale Bindung an das Zentrum hatte sich während des Kulturkampfes verfestigt und war seitdem in unregelmäßigen Abständen verstärkt worden, was zur Festigung der Wahlverhaltensnorm beitrug. Die Zugehörigkeit zur katholischen Kirche und die Bindung an das Zentrum hatte insofern immunisierend gewirkt, als Katholiken, die an das Zentrum emotional gebunden waren, für andere Parteien praktisch unerreichbar geblieben waren. Das Zentrum, das katholische Vereinswesen und die katholische Kirche integrierten die katholische Bevölkerung dergestalt, daß diese für Außeneinflüsse nur schwer erreichbar waren. Die evangelische Bevölkerung war dagegen in einem weitaus geringeren Maße von der Außenwelt abgeschottet und wies einen niedrigeren Grad der gesellschaftlichen Integration aus. Aufgrund der unterschiedlichen gesellschaftlichen Integration von Katholiken und Protestanten, ist zu vermuten, daß auch die politischen Orientierungen und Verhaltensweisen der Protestanten instabiler waren (31). Das heißt: Das deutsche Parteien **System** sollte beim Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik in den katholischen und evangelischen Regionen eine unterschiedliche Entwicklung zeigen.

Fragt man nun, wie stabil die Koalition zwischen Katholiken und Zentrum 1912 bis 1924 angesichts der dramatischen Ereignisse dieser Jahre war, so wird man zunächst feststellen müssen, daß nahezu allen Beobachtern der Wahlen im Kaiserreich und in der Weimarer Republik die für den politischen Katholizismus im Saldo kaum schwankenden Stimmenanteile aufgefallen sind. Der Umstand, daß der politische Katholizismus bei der ersten Reichstagswahl im Jahr 1924 mit 16,6 Prozent der Stimmen fast genau den Stimmenanteil des Zentrums bei der Reichstagswahl im Jahr 1912 (16,4%) reproduzieren konnte, hat denn auch zu der Annahme einer persistenten katholischen Wählerschaft verführt. Aus Erfahrung wissen wir aber, daß sich hinter diesen im Saldo gleichen Stimmenanteilen nicht unbeträchtliche Verschiebungen verborgen haben können. Daß derartige Verschiebungen selbst im Lager des politischen Katholizismus tatsächlich stattfanden, wird sichtbar, wenn man die Entwicklung des Zentrums in den konfessionell unterschiedlich zusammengesetzten Gebieten beim



Übergang von der Monarchie zur Republik etwas näher betrachtet, als dies bisher der Fall gewesen ist. Um Aufschluß über die Entwicklung der Parteilager in konfessionell unterschiedlich zusammengesetzten territorialen Einheiten zu erlangen, bietet es sich dabei zunächst wieder an, die das gesamte Deutsche Reich abdeckenden etwa 300 Gebieteinheiten nach dem Anteil der Katholiken an der Bevölkerung in vier Gruppen zu unterteilen, und die durchschnittlichen Anteile der Parteien innerhalb dieser Gruppen zu berechnen. Ein Vergleich der Entwicklung der Parteien über die Zeit gibt dann Aufschlüsse über die tatsächliche Resistenz des Katholizismus.

Es zeigt sich, daß zwar die Parteien des politischen Katholizismus entsprechend den theoretischen Erwartungen über den gesamten Zeitraum in den überwiegend katholischen Gebieten weitaus besser abschnitten als in konfessionell gemischten und evangelischen Gebieten. Doch nahm die Mobilisierungsleistung der Parteien des politischen Katholizismus in dem Viertel der Gebiete mit den höchsten Anteilen an Katholiken beträchtlich ab. Konnte das Zentrum im Jahr 1912 in diesen Gebieten noch 49,3 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung mobilisieren, so sank die Rekrutierung der Wählerschaft durch die Parteien des politischen Katholizismus in den gleichen Gebieten nach dem Ersten Weltkrieg kontinuierlich. Bei der ersten Reichstagswahl im Jahr 1924 erreichten das Zentrum und die Bayerische Volkspartei zusammen mit 36 Prozent der Wahlberechtigten ein im Vergleich zu 1912 13,3 Prozentpunkte niedrigeres Ergebnis. Die Wählerschaft war also keineswegs derart fest an die Parteien des politischen Katholizismus gebunden, wie das globale Betrachtungen glauben machen. Das im Saldo sehr stabile Wahlergebnis des politischen Katholizismus rührt daher, daß der politische Katholizismus den zweistelligen Verlust in den katholischen Hochburgen durch Gewinne in den anderen Gebieten Deutschlands ausgleichen konnte. Zieht man noch in Betracht, daß in der Weimarer Republik mehr Frauen als Männer das Zentrum unterstützen, so wird deutlich, wie sehr selbst die Intensität der Bindungen der männlichen Bevölkerung in den katholischen Regionen des Deutschen Reiches an das Zentrum zu Beginn der Weimarer Republik abzunehmen drohte.

Die konservativen Parteien waren in den überwiegend von Katholiken bewohnten Gebieten Deutschlands vor dem Ersten Weltkrieg kaum in Erscheinung getreten. Nach dem Sturz der Monarchie dehnte die konservative Sammlungspartei DNVP ihre Organisation über das gesamte Deutsche Reich aus. Die Ausbreitung führte zu relativ großen Zuwächsen in den betroffenen Gebieten. Dennoch blieben die konservativen Wähleranteile hier weit hinter denen in den evangelischen oder konfessionell gemischten Landstrichen zurück.

Bei allen vier Wahlen hatten die sozialistischen Parteien in den evangelischen Gebieten einen eindeutig stärkeren Rückhalt in der Wähler-

schaft als in den katholischen Gebieten. So votierten beispielsweise bei der Reichstagswahl 1920 in dem Viertel der Gebiete mit den höchsten Anteilen an Katholiken nur 17,7 Prozent der Wahlberechtigten für die Parteien der Arbeiterbewegung, in dem Viertel der territorialen Einheiten mit den niedrigsten Prozentsätzen an Katholiken dagegen 37,4 Prozent. Bei den ersten reichsweiten Wahlen im Jahr 1919 konnten die sozialistischen Parteien auch in den katholischen Regionen kräftig zulegen, doch bei den zwei folgenden Wahlen bröckelte der Wählerstamm wie in den anderen Gebieten auch hier wieder ab. Während die Wähleranteile der sozialistischen Parteien bei den Wahlen von 1924 in den evangelischen und konfessionell gemischten Regionen des Deutschen Reiches teilweise erheblich unter die der Reichstagswahl im Jahr 1912 fielen, übertraf der Wähleranteil des sozialistischen Blocks in den überwiegend katholischen Gebieten noch 1924 geringfügig den der letzten Vorkriegswahl.

Konservative und Sozialisten konnten somit beim Übergang von der Monarchie zur Republik in katholischen Gebieten zusätzliche Wähleranteile mobilisieren. Während die Sozialisten in den evangelischen Gebieten bei den ersten reichsweiten Wahlen nach dem Ersten Weltkrieg teilweise beträchtliche Anteile hinzugewinnen konnten, dann aber geringere Wähleranteile zu rekrutieren vermochten als am Vorabend des Ersten Weltkrieges, verlief die Entwicklung der Konservativen genau umgekehrt. Sie waren 1924 in den katholischen und evangelische Gebieten stärker vertreten als im Jahr 1912. Die Liberalen jedoch hatten beim Übergang von der einen Staatsform zur anderen die mit Abstand größten Verluste auszuweisen. Sie befanden sich schon jetzt in einem von der Konfession unabhängigen stetigen Niedergang.

Die Segmentierung der Wählerschaft entlang der konfessionellen Spannungslinie zeigt auch Tabelle 6. Aus ihr geht eine über den gesamten Zeitraum fast perfekte positive Korrelation zwischen den Wähleranteilen des politischen Katholizismus und den Anteilen der katholischen Bevölkerung hervor. Alle anderen Parteilager weisen dagegen in den Jahren 1912 bis 1924 starke negative Korrelationen mit dem Anteil der Katholiken auf. Aufschlußreich ist, daß sich die Werte beim Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik nur geringfügig ändern. Der Katholizismus erwies sich als eine Barriere gegenüber der Ausbreitung des konservativen, liberalen und sozialistischen Parteienblocks. Obwohl das Zentrum in den überwiegend katholischen Regionen nach dem Ersten Weltkrieg im Vergleich zur Vorkriegszeit an Mobilisierungskraft verlor, blieb doch eine sehr stabile Beziehung zwischen den Parteien des politischen Katholizismus und der katholischen Bevölkerung bestehen.

Tabelle 5: Die Entwicklung des Parteiensystems 1912 bis 1924 in Abhängigkeit von dem Prozentsatz an Katholiken

Prozentsatz Katholiken	Jahr der Wahl			
	1912	1919	1920	1924
<b>I. Quartil</b>				
SOZ	34,8	42,1	37,4	30,5
KATH	0,1	1,9	1,8	2,8
KON	20,2	10,3	18,3	25,1
ÜB	29,0	23,2	20,8	13,6
<b>II. Quartil</b>				
SOZ	40,9	44,4	39,3	30,5
KATH	1,0	3,9	4,3	4,3
KON	15,7	9,3	14,3	23,6
LIB	24,6	22,8	21,1	13,8
<b>III. Quartil</b>				
SOZ	26,1	31,0	30,3	25,7
KATH	16,8	20,2	20,7	20,6
KON	13,2	7,6	9,6	13,8
LIB	22,4	16,5	16,5	10,7
<b>IV. Quartil</b>				
SOZ	12,6	20,7	17,7	14,0
KATH	49,3	43,3	41,4	36,0
KON	1,0	1,8	2,7	8,8
LIB	9,1	7,6	8,0	4,5

Abweichungen zu Tabelle 3c erklären sich aufgrund der Gebietsabtretungen durch das unterschiedliche Wahlgebiet.

Tabelle 6: Korrelation der Wähleranteile der Parteien 1912 bis 1924 mit dem Prozentsatz an Katholiken

Parteilager	1912	1919	1920	1924
SOZ	-.59	-.71	-.71	-.64
KATH	.90	.89	.89	.85
KON	-.49	-.54	-.61	-.60
ÜB	-.38	-.72	-.74	-.64

Basis der Wähleranteile: Wahlberechtigte. N = 306. Katholiken 1925; Basis: Wohnbevölkerung 1925. Zelleinträge: Pearson's r. Vorab gewichtet mit der Bevölkerung 1919.

### 4.3 Der Stadt-Land-Cleavage

Wie schon mehrmals erwähnt, hat nach der Theorie von Lipset und Rokkan ein zweiter zentraler Konflikt das Wahlverhalten maßgeblich beeinflusst: der Gegensatz zwischen Stadt und Land. Dieser Konflikt rührt her u.a. aus den unterschiedlichen Interessen sowie der Lebens- und Arbeitsbedingungen der ländlichen und städtischen Bevölkerung. Wie der konfessionelle Konflikt ist auch der Stadt-Land-Konflikt heute noch im Wahlverhalten zu beobachten.

Die Mittelwertvergleiche zeigen zunächst, daß die SPD im Jahr 1912 in dem Quartil mit dem höchsten Urbanisierungsgrad die besten, in der Gruppe mit dem niedrigsten Urbanisierungsgrad die schlechtesten Wahlresultate verzeichnen konnte. In den überwiegend urbanisierten Gebieten war ihr Wähleranteil bei der Reichstagswahl 1912 fast viermal höher als in den wenig urbanisierten Gebieten. Aufgrund dieser Beobachtung kann man die SPD am Vorabend des Ersten Weltkrieges u.a. mit Ritter als eine städtische Partei charakterisieren (32). Was die Entwicklung der Sozialisten angeht, ist unschwer zu beobachten, daß sie am Anfang der Weimarer Republik um so mehr Wähleranteile einbüßten, je urbaner die Gebiete waren. Beträgt die Prozentpunktdifferenz des sozialistischen Parteilagers bei der Reichstagswahl im Jahr 1912 zwischen dem ersten und dem vierten Quartil noch 31 Prozentpunkte, so liegt sie bei der ersten Reichstagswahl der Weimarer Republik bei nur 8,5 Punkte. Der bei der Reichstagswahl 1912 bestehende starke positive Zusammenhang zwischen dem Grad der Urbanisierung und den Wähleranteilen der sozialistischen Parteien ging unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg eruptiv zurück und nahm bei den ersten beiden Reichstagswahlen 1920 und 1924 allmählich wieder zu. Mit steigender Urbanisierung verlor das sozialistische Lager besonders bei der Wahl zum ersten Reichstag der Weimarer Republik 1920 einen höheren Anteil der Wahlberechtigten. Wie der politische Katholizismus verlor also auch das sozialistische Lager in ihren Hochburgen beträchtliche Wählerkontingente.

Lepsius meint in **bezug** auf die Konservativen, sie seien mit »einem fest formierten, regional konzentrierten Wählerstamm in das Kaiserreich« eingetreten. Im weiteren Verlauf sei es den Konservativen nicht gelungen, neue Wählergruppen zu gewinnen. Die Konservativen hätten zudem ihren alten Stamm halten können und sich in ihren »traditionell konservativ wählenden Regionen« abgekapselt (33). Allein aus Tabelle 7 geht **aber** schon hervor, daß die Konservativen sich in den **Urbanen** Gebieten am Anfang der Weimarer Republik **auszubreiten** begannen. Andererseits hatten die Konservativen dramatische Verluste in ihren tradierten Hochburgen einzustecken. Veränderungen dergestalt lassen starke Zweifel an der Existenz ausgeprägter konservativer Wahlverhaltensnormen aufkommen.

Inwieweit der Stadt-Land-Gegensatz nach Kontrolle des Konfessionsfaktors beim Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik einem Wandel unterlag, kann man mit Hilfe von Regressionsmodellen mit den Anteilen der Parteilager bei der jeweiligen Wahl als Zielvariablen und den Prädiktorvariablen Urbanisierungsgrad und Katholikenanteil ermitteln. Tabelle 9 enthält die standardisierten Regressionskoeffizienten und den Anteil der erklärten Varianz für die sechzehn berechneten Regressionsmodelle.

Insgesamt zeigt sich beim Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik ein deutlicher Wandel entlang der Land-Stadt-Spannungslinie. Was

Tabelle 7: Die Entwicklung des Parteiensystems 1912 bis 1924 in Abhängigkeit vom Grad der Urbanisierung

Urbanität	Jahr der Wahl			
	1912	1919	1920	1924
<b>I. Quartil</b>				
SOZ	11,4	25,1	19,8	15,3
KATH	27,2	27,5	26,4	25,5
KON	19,0	8,0	14,0	20,2
ÜB	18,5	14,6	11,2	6,5
<b>II. Quartil</b>				
SOZ	18,5	31,9	27,4	21,2
KATH	18,7	20,0	19,4	17,5
KON	19,6	8,6	14,4	21,6
LIB	21,4	17,6	15,1	9,2
<b>III. Quartil</b>				
SOZ	24,5	30,8	30,7	24,8
KATH	11,8	13,4	15,1	15,0
KON	18,9	8,9	14,5	21,1
ÜB	21,8	18,6	18,0	10,4
<b>IV. Quartil</b>				
SOZ	42,4	42,0	38,3	30,9
KATH	9,8	11,5	10,5	10,0
KON	6,7	6,7	9,3	16,1
LIB	23,6	19,4	19,5	13,4

Tabelle 8: Korrelation der Wähleranteile der Parteilager 1912 bis 1924 mit dem Grad der Urbanisierung

Parteilager	Wahljahr			
	1912	1919	1920	1924
SOZ	.69	.44	.54	.56
KATH	-.20	-.23	-.26	-.29
KON	-.41	-.15	-.29	-.23
ÜB	.05	.08	.31	.39

Basis der Wähleranteile: Wahlberechtigte. N = 306. Urbanisierung: Einwohner in Gemeinden über 5000 Einwohner in Kreisen 1925; Basis: Wohnbevölkerung 1925. Zelleinträge: Pearson's r. Vorab gewichtet mit der Bevölkerung 1919.

das sozialistische Lager angeht, ist festzuhalten, daß am Vorabend des Ersten Weltkriegs der Effekt des Urbanisierungsgrades auf die Stärke der SPD noch größer war als der der Konfession. Der konfessionelle und der urbane Faktor wirkten additiv auf die Entwicklung der Sozialisten. Am Anfang der Weimarer Republik wird dann der konfessionelle Faktor die dominierende Einflußgröße der Wählerrekrutierung des sozialistischen Parteilagers. Wie auch schon aus den Mittelwertvergleichen ersichtlich, untermauert nun die Regressionsanalyse, daß der Effekt der Urbanisie-

rung auf die Wählermobilisierung der Sozialisten 1919 zurückgeht und bei den dann folgenden Wahlen allmählich wieder ansteigt. Dahinter verbergen sich vermutlich zwei Trends. Zum einen paßten die Landarbeiter ihr politisches Verhalten dem der städtischen Arbeiter tendenziell an, zum anderen sank die Neigung des Neuen Mittelstands in den Städten, die Sozialisten zu unterstützen. Am Vorabend des Ersten Weltkriegs förderte die Verstädterung die Ausbreitung der SPD und hemmte in erster Linie die der Konservativen. Auf die Ausdehnung des politischen Liberalismus hatte sie keinen Einfluß. Sozialisten, Liberale und Konservative waren in erster Linie in den protestantischen Gebieten verwurzelt, wo sie sich jedoch hinsichtlich der Wählerrekrutierung erheblich auf dem Stadt-Land-Cleavage unterschieden.

In der politischen Umbruchphase nahm der negative Einfluß der Urbanisierung auf die Wählerrekrutierung der Konservativen ab. Die Wählermobilisierung der Liberalen war dagegen noch 1919 unabhängig von der Verstädterung. Erst bei der Reichstagswahl im Jahr 1920 beeinflusste das Stadt-Land-Gefälle die Wähleranteile, die die Parteien des politischen Liberalismus in den einzelnen Gebieten des Deutschen Reiches erhielten. Das Jahr 1920 markiert in der Entwicklung der liberalen Parteien insofern einen Einschnitt, als von nun an die Verstädterung einen positiven Einfluß auf die Stärke des liberalen Wählerblocks haben sollte. Allerdings bedeutet dies nicht, daß die Liberalen in den Städten zusätzliche Wähleranteile gewinnen konnten. Vielmehr ist die Veränderung entlang des Stadt-Land-Gegensatzes auf die etwas stärkeren Verluste in den ländlichen Gebieten zurückzuführen. Nur einen geringen negativen Einfluß hatte endlich die Verstädterung im Beobachtungszeitraum auf die Entwicklung der Parteien des politischen Katholizismus.

#### 4.4 Industrialisierung und Parteien System

Die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts rasch voranschreitende Industrialisierung löste traditionelle Solidaritätsbeziehungen auf und verschärfte »Ungleichheiten in der Lebenslage der Bevölkerung« (34). Der Aufstieg der Sozialdemokratie wird in der Regel mit dieser Entwicklung in Verbindung gebracht, vor allem ein großer Teil der Erwerbstätigen in Industrie und Handwerk, so die **gängige** Annahme, sei eine Koalition mit der Sozialdemokratie eingegangen. In den weit industrialisierten Regionen hätten sich überdies die sozialistischen Milieus mit ihrer spezifischen Wahlnorm herausgebildet. Es wird zudem davon ausgegangen, daß die Zuordnung von Industrialisierung und Parteien **System** im Kaisereich und in der Weimarer Republik gleich geblieben sei.

Die Industrialisierung der Regionen hatte im Untersuchungszeitraum zwar keinen nennenswerten Einfluß auf die Stärke des politischen Ka-

**Tabelle 9: Multiple Regression der Wähleranteile der Parteilager auf den Prozentsatz der Katholiken und den Grad der Urbanisierung**

Zielvariable		Katholikenanteil	Urbanisierung	R <sup>2</sup>
SOZ	1912	-.481	.621	71%
	1919	-.612	.346	56%
	1920	-.642	.453	70%
	1924	-.578	.467	63%
KATH	1912	.875	-.081	79%
	1919	.859	-.110	78%
	1920	.870	-.147	82%
	1924	.822	-.181	75%
KON	1912	-.493	-.535	44%
	1919	-.568	-.233	34%
	1920	-.662	-.394	52%
	1924	-.635	-.312	45%
LIB	1912	-.564	-.039	31%
	1919	-.719	.000	52%
	1920	-.706	.208	59%
	1924	-.597	.302	50%

**Basis der Wähleranteile: Wahlberechtigte. Variablendefinition wie in Tabellen 6 und 8. Zelleinträge: Standardisierte Regressionskoeffizienten. Vorab gewichtet mit der Zahl der Wahlberechtigten zum jeweiligen Wahlzeitpunkt.**

tholizismus. Doch wurde das Abschneiden der anderen drei politischen Lager in der einen oder anderen Weise vom Industrialisierungsgrad zu einem nicht unwesentlichen Teil determiniert. Die schwankenden Effektparameter belegen, daß der Einfluß der Industrialisierung im Untersuchungszeitraum nicht sehr stabil war. Das betrifft auch die sozialistischen Parteien.

In Tabelle 10 sind die Analyseeinheiten nach dem Industrialisierungsgrad wieder in Quartile zusammengefaßt. Innerhalb dieser vier Gruppen sind die durchschnittlichen Wähleranteile der vier Parteilager von 1912 bis 1924 eingetragen. Es wird deutlich, daß die SPD bei der Reichstagswahl im Jahr 1912 in dem Viertel der Analyseeinheiten mit den geringsten Anteilen an Erwerbstätigen in Industrie und Handwerk nur von 9,5 Prozent der Wahlberechtigten gewählt wurde, während in dem Quartil mit den höchsten Anteilen an Erwerbstätigen in Industrie und Handwerk 42,3 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung die SPD wählten. Hatte 1912 zwischen den Wähleranteilen des sozialistischen Lagers in dem Quartil mit den am geringsten und dem mit den am höchsten industrialisierten Gebiete noch eine Prozentpunktdifferenz von 32,8 bestanden, so betrug sie im Mai 1924 nur 17,2 Punkte. Die Hochburgen und Diasporagebiete gliederten sich also, wie schon aus anderer Perspektive sichtbar wurde, beim

Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik tendenziell an. Nach dem Ersten Weltkrieg nahm die Determinationskraft der Industrialisierung auf die Wähleranteile der sozialistischen Parteien zunächst stark ab, stieg aber bei den folgenden zwei Reichstagswahlen wieder kontinuierlich an, so daß er im Jahr 1924 wieder an den für das Jahr 1912 ermittelten herankam.

Während die Industrialisierung die Mobilisierung der Wähler zugunsten des sozialistischen Blocks förderte, hemmte diese die Rekrutierung der Wähler durch das konservative Parteienlager. Dabei ging der Einfluß der Industrialisierung auf die Stärke der Konservativen 1919 stark zurück und nahm 1920 und 1924 zu. Was die Richtung des Einflusses angeht, ist dieser in bezug auf das sozialistische und konservative Lager stets gleich, nicht aber in bezug auf das liberale Parteienspektrum. Im liberalen Parteienspektrum vollzog sich am Anfang der Weimarer Republik ein nennenswerter Wandel in der Rekrutierung der Wählerschaft. Hemmte die Industrialisierung die Wählerrekrutierung der Liberalen im Jahr 1919, so förderte sie die Ausbreitung der Liberalen im Jahr 1924. Die standardisierten Regressionskoeffizienten in Tabelle 12 zeigen eine Verschiebung des liberalen Parteienspektrums hin zu eher industrialisierten Regionen des Deutschen Reiches. Wie sich noch zeigen wird, geht dieser Trend auf Verschiebungen auf der Stadt-Land-Achse, d.h. den etwas größeren Abwanderungen der Landbevölkerung zurück.

#### 4.5 Arbeiterschaft und Parteien System

Im Prozeß der Industrialisierung und Urbanisierung hatte sich das Rekrutierungspotential der Sozialdemokratie erweitert, und bestimmte Bevölkerungssegmente hatten vor allem in den Städten eine neue Wahlnorm internalisiert. Am Vorabend des Ersten Weltkriegs jedoch hatte das Anwachsen derjenigen gesellschaftlichen Gruppe, die im allgemeinen als Stammwählerschaft der Sozialdemokratie angesehen wird, ein Volumen erreicht, das sie in der Weimarer Republik nicht mehr überschreiten sollte: die Industriearbeiterschaft. Damit war das quasi natürliche Wachstum der Sozialisten beendet. Wie schon ausgeführt wurde, zeigte sich aber am Anfang der Weimarer Republik, daß die soziale Basis der sozialistischen Parteien vor allem in den protestantischen Städten und die des politischen Katholizismus in den überwiegend katholischen Gebieten abbröckelte. Zudem zeigte sich, daß die Konservativen teilweise hinzu gewannen, teilweise auch überaus starke Einbußen zu verzeichnen hatten. Die Liberalen schließlich erfuhren unabhängig von der Konfessionsverteilung, der Urbanisierung und dem Grad der Industrialisierung einen Niedergang. Angesichts der Tatsache, daß der Prozentsatz der Arbeiter sowohl mit dem Grad der Urbanisierung als auch mit dem der Industrialisierung eine mit-



Tabelle 10: Die Entwicklung des Parteiensystems 1912 bis 1924 in Abhängigkeit vom Grad der Industrialisierung

Industrialisierung	Jahr der Wahl			
	1912	1919	1920	1924
<b>I. Quartil</b>				
SOZ	9,5	22,8	22,4	15,5
KATH	14,8	14,5	17,8	15,3
KON	26,0	10,7	18,9	25,1
LIB	18,3	17,5	13,8	6,6
<b>II. Quartil</b>				
SOZ	19,3	29,2	24,4	19,3
KATH	23,6	24,4	23,7	21,4
KON	12,9	5,9	10,3	23,6
LIB	21,4	16,9	15,6	9,3
<b>III. Quartil</b>				
SOZ	33,5	38,2	33,3	26,4
KATH	13,4	15,7	14,7	13,9
KON	11,4	6,7	10,1	13,8
LIB	23,6	20,3	19,2	12,5
<b>IV. Quartil</b>				
SOZ	42,3	42,5	39,3	32,7
KATH	9,8	11,2	10,0	10,9
KON	9,0	7,9	11,3	8,8
LIB	23,1	17,7	18,0	12,7

Abweichungen zu Tabelle 3a erklären sich aufgrund der Gebietsabtretungen durch das unterschiedliche Wahlgebiet.

Tabelle 11: Korrelation der Wähleranteile der Parteilager 1912 bis 1924 mit dem Grad der Industrialisierung

Parteilager	Wahljahr			
	1912	1919	1920	1924
SOZ	.70	.46	.59	.66
KATH	-.22	-.22	-.26	-.21
KON	-.31	-.06	-.20	-.31
LIB	.09	-.03	.24	.38

Basis der Wähleranteile: Wahlberechtigte. N = 306. Industrialisierung: Prozentsatz der Erwerbstätigen in Industrie und Handwerk 1925; Basis: Wohnbevölkerung 1925. Zelleinträge: Pearson's r. Vorab gewichtet mit der Bevölkerung 1919.

Tabelle 12: Multiple Regression der Wähleranteile der Parteilager auf den Prozentsatz der Katholiken und den Grad der Industrialisierung

Zielvariable		Katholikenanteil	Industrialisierung	R <sup>2</sup>
SOZ	1912	-.459	.638	72%
	1919	-.589	.396	59%
	1920	-.619	.471	72%
	1924	-.540	.556	71%
KATH	1912	.882	-.029	79%
	1919	.870	-.026	77%
	1920	.873	-.096	80%
	1924	.837	-.058	72%
KON	1912	-.541	-.444	40%
	1919	-.565	-.169	31%
	1920	-.664	-.316	46%
	1924	-.671	-.430	53%
JJB	1912	-.554	.020	31%
	1919	-.742	-.127	53%
	1920	-.720	.089	55%
	1924	-.591	.258	47%

Basis der Wähleranteile: Wahlberechtigte. Variablendefinition wie in Tab. 6 und 11. Zelleinträge: Standardisierte Regressionskoeffizienten. Vorab gewichtet mit der Zahl der Wahlberechtigten zum jeweiligen Wahlzeitpunkt.

telstarke positive Korrelation aufweist, stellt sich die Frage, ob nicht die oben beschriebenen Zusammenhänge auf Beziehungen zwischen der Stärke der Arbeiterschaft und den politischen Strömungen zurückgeführt werden können (35). Bevor wir uns dieser Frage zuwenden, wollen wir aber einen Blick auf den bivariaten Zusammenhang zwischen dem Arbeiteranteil und den Lagern werfen.

Vergleicht man die Entwicklung der politischen Hauptströmungen in Abhängigkeit von dem Prozentsatz der Arbeiter, so zeigt sich entsprechend unseren Erwartungen, daß die sozialistischen Parteien über den gesamten Beobachtungszeitraum in den Gebieten überdurchschnittlich abschnitten, in denen auch überproportional viele Arbeiter wohnten. Und wie vermutet, verbuchten sie die schlechtesten Wahlergebnisse dort, wo die Arbeiteranteile unterdurchschnittlich waren. Bei den ersten reichsweiten Wahlen nach dem Ersten Weltkrieg erzielten die Sozialisten in den Gebieten mit den geringsten Arbeiteranteilen die höchsten Zuwächse und die geringsten Gewinne in den mit den höchsten Arbeiteranteilen. Bei den ersten beiden Reichstagswahlen in der Weimarer Republik konnte das sozialistische Lager dann in allen vier Gruppen geringere Wähleranteile mobilisieren. Die stärksten Verluste waren in den Gebieten mit den niedrigsten Arbeiteranteilen zu verzeichnen. Die Verluste nahmen aber nicht das Ausmaß der vorangegangenen Gewinne an, so daß die Sozialisten hier auch noch im Mai 1924 einen höheren Wähleranteil mobilisieren konnten als im Jahr 1912. In den Gebieten mit durch- und überdurch-

schnittlichen Arbeiteranteilen hingegen rutschten die Sozialisten unter die Mobilisierungsrate im Jahr 1912. Obwohl die sozialistische Strömung im deutschen Parteiensystem insgesamt weniger Wähleranteile anzog und insbesondere in den Gebieten mit durch- und überdurchschnittlichen Arbeiteranteilen an Mobilisierungsleistung einbüßte, nahm der bivariate Zusammenhang zwischen dem Arbeiteranteil und den addierten Stimmenanteilen der sozialistischen Parteien nach dem Ersten Weltkrieg insgesamt zu. Dies ist ein Hinweis darauf, daß die Verluste im sozialistischen Lager nicht auf das Konto der Arbeiterschaft, sondern auf die Abwanderung anderer Bevölkerungssegmente zurückzuführen ist. Die Vermutung liegt auf der Hand, daß vor allem Teile des Neuen Mittelstandes die Lager wechselten. Die Koalition der Arbeiterschaft mit den Sozialisten blieb dagegen stabil.

Die Konservativen verloren zwar bei den ersten reichsweiten Wahlen nach dem Ersten Weltkrieg beträchtliche Wähleranteile, doch konnten sie in den darauffolgenden beiden Reichstagswahlen in den Regionen mit über- und unterdurchschnittlichen Arbeiteranteilen kontinuierlich Wähleranteile hinzugewinnen. Im Mai 1924 schließlich rekrutierte der politische Konservatismus sowohl in den Gebieten mit über- als auch in denen mit unterdurchschnittlichen Arbeiteranteilen einen größeren Wähleranteil als bei den letzten Reichstagswahlen im Kaiserreich. Der politische Liberalismus verlor sowohl in den Gebieten mit unter-, also auch in den Gebieten mit durch- oder überdurchschnittlichen Arbeiteranteilen starke Wählerkontingente. Die größten Verluste mußte das liberale Lager in dem Quartil mit den geringsten Arbeiteranteilen hinnehmen. Die Abwanderung besonders großer Kontingente in diesen Gebieten führte schließlich zu dem in der Weimarer Republik zu beobachtenden leicht positiven Zusammenhang zwischen den Arbeiteranteilen und dem politischen Liberalismus. Die großen Veränderungen hinsichtlich der sozialen Rekrutierung im konservativen, liberalen und sozialistischen Lager macht klar, daß größere Wählerwanderungen beim Übergang vom Kaiserreich zur liberalen Demokratie stattgefunden haben müssen. Was endlich die Entwicklung der Parteien des politischen Katholizismus angeht, so kann man beobachten, daß sich deren Wähleranteile in den Arbeiterhochburgen kaum veränderten. Die größten Veränderungen hinsichtlich des politischen Katholizismus fanden in den Gebieten mit unterdurchschnittlichen Arbeiteranteilen statt. Während der politische Katholizismus in den Gebieten mit nur sehr geringen Arbeiteranteilen über den gesamten Zeitraum 4,5 Punkte einbüßte, gewann er in dem Quartil mit den zweitniedrigsten Arbeiteranteilen 4,4 Punkte hinzu.

Im Zusammenhang der Ausführungen über die sozialstrukturelle Verankerung der politischen Hauptrichtungen am Vorabend des Ersten Weltkriegs ist oben darauf hingewiesen worden, daß der tatsächliche Zusam-

Tabelle 13: Die Entwicklung des Parteiensystems 1912 bis 1924 in Abhängigkeit von dem Prozentsatz der Arbeiter

Prozentsatz Arbeiter	Jahr der Wahl			
	1912	1919	1920	1924
<b>I. Quartil</b>				
SOZ	10,6	21,5	15,6	11,4
KATH	37,1	35,5	34,5	32,6
KON	9,3	5,2	9,6	14,0
ÜB	183	13,9	10,2	5,9
<b>II. Quartil</b>				
SOZ	26,6	31,9	29,3	23,4
KATH	123	14,7	15,2	15,7
KON	13,7	7,6	11,7	17,7
ÜB	23,6	20,9	19,1	12,1
<b>III. Quartil</b>				
SOZ	37,8	41,8	37,3	29,2
KATH	6,2	9,0	8,8	7,1
KON	15,2	8,4	13,0	22,2
LIB	22,0	19,8	18,8	12,0
<b>IV. Quartil</b>				
SOZ	36,0	40,3	38,7	32,6
KATH	12,3	12,9	11,6	11,0
KON	12,9	8,2	11,6	17,6
LIB	22,7	16,1	17,8	12,1

menhang zwischen den einzelnen sozialstrukturellen Merkmalen und den politischen Richtungen durch die zwischen den strukturellen Merkmalen bestehenden Beziehungen dann verzerrt zum Ausdruck kommt, wenn lediglich bivariate Betrachtungen angestellt werden. Um die tatsächlich bestehenden Zusammenhänge etwa zwischen dem Arbeiteranteil und der Parteientwicklung beim Übergang von der Monarchie zur Republik in Erfahrung zu bringen, sind alle Größen zu kontrollieren, die als störend auf den Zusammenhang angesehen werden können. Wir haben z. B. gesehen, daß der Katholikenanteil den Prozentsatz an Wählerstimmen, den ein politisches Lager erreichen kann, zu einem nicht unwesentlichen Teil beeinflußt. Es ist davon auszugehen, daß diese soziale Regelmäßigkeit den Zusammenhang zwischen dem Arbeiteranteil und dem Wähleranteil der Sozialisten beeinflußt, zumal die katholischen Gebiete im Durchschnitt geringere Arbeiteranteile aufweisen als die evangelischen Gebiete. Wenn auch unter katholischen Arbeitern die Arbeiterwahlnorm internalisiert gewesen war, und wenn der politische Konservatismus und Liberalismus keine Katholiken zu mobilisieren vermochten, ist zu vermuten, daß der politische Katholizismus in den überwiegend von Arbeitern bewohnten katholischen Gebieten einen geringeren Wähleranteil mobilisieren konnte als in den katholischen Gebieten mit unterdurchschnittlichen Arbeiter-

anteilen. Wenn in den katholischen Gebieten mit vielen Arbeitern die Arbeiterwahlnorm mit der katholischen Wahlnorm aufeinandertrifft, und wenn beide Normen die gleiche verhaltenswirksame Kraft besaßen, dann müßte sich dies in multivariaten Analysen zeigen. Wir erwarten, daß in einem Regressionsmodell mit den unabhängigen Variablen Katholikenanteil, Erwerbstätige in Industrie und Handwerk, Urbanisierung und Arbeiteranteil der Effektparameter, der die Beziehung zwischen dem Arbeiteranteil und den Parteien des politischen Katholizismus angibt, eine größere negative Beziehung zum Ausdruck bringt. Um die tatsächlichen Beziehungen zwischen dem Arbeiteranteil und der Rekrutierungsleistung der Parteilager in Erfahrung zu bringen, bietet sich also die multiple Regressionsanalyse an. Zur leichteren Interpretation und Illustration werden zudem Kontrastgruppenvergleiche angestellt.

Die empirische Analyse zeigt, daß einige in der Literatur anzutreffende Annahmen der empirischen Analyse nicht standhalten. Der Prozentsatz der Arbeiter scheint beispielsweise keinen systematischen Einfluß auf die Stärke des Zentrums genommen zu haben. Zwar schneidet das Zentrum in den katholischen Städten schlechter ab als in den katholischen Landgebieten, doch macht es im Jahr 1912 keinen Unterschied, ob in den überdurchschnittlich urbanisierten Gebieten mit einem überdurchschnittlichen Anteil Erwerbstätige in Industrie und Handwerk über- oder unterdurchschnittliche viele Arbeiter wohnten. Dieser Sachverhalt geht aus der multiplen Regressionsanalyse hervor und wird, was die Anteilswerte angeht, in dem Kontrastgruppenvergleich veranschaulicht. Die Arbeiternorm scheint somit am Vorabend des Ersten Weltkrieges in den katholischen Städten nur wenig internalisiert gewesen zu sein. Erst in der Weimarer Republik trifft unsere theoretische Erwartung in der Tendenz zu. Das heißt, der Arbeiteranteil hatte einen geringen negativen Einfluß auf die Stärke des politischen Katholizismus. Der Grund dafür ist der, daß die Parteien des politischen Katholizismus in den evangelischen Regionen mit unterdurchschnittlichen Arbeiteranteilen einige Prozentpunkte hinzugewinnen konnten. Den bedeutsamsten Rückgang um rund 9 Prozentpunkte oder ein Fünftel ihres Wähleranteils vom Vorabend des Ersten Weltkrieges verzeichnete der politische Katholizismus in ihren traditionellen Hochburgen, und zwar den wenig verstäderten katholischen Gebieten mit unterdurchschnittlichen Arbeiteranteilen, also in jenen Gebieten, in denen im allgemeinen katholische Milieus verortet werden.

Geht man davon aus, daß die in Industrie und Handwerk tätige und die in den Städten wohnende Arbeiterschaft das Potential der Sozialisten stellten, so erwarten wir für den sozialistischen Block die höchsten Ergebnisse in den evangelischen urbanisierten Regionen mit überdurchschnittlichen Arbeiteranteilen. Ferner erwarten wir, daß die Wähleranteile der Sozialisten mit dem Prozentsatz der Arbeiter in den katholischen urbanisierten

Regionen zunimmt. Angenommen, die SPD war im Kaiserreich eine reine Arbeiterpartei, und angenommen, die Sozialisten hätten erst in der Weimarer Republik größere Teile des Neuen Mittelstandes zu gewinnen vermocht. Es müßte sich dann zeigen, daß beim Übergang vom kaiserlichen Deutschland zur Weimarer Republik der Zusammenhang zwischen dem Arbeiteranteil und dem sozialistischen Lager kleiner und, da der Neue Mittelstand in erster Linie in den Städten angesiedelt ist, der mit dem Grad der Urbanisierung größer wird.

Die empirische Analyse bringt nun zwar in aller Deutlichkeit zutage, daß die SPD bei der Reichstagswahl im Jahr 1912 in den evangelischen Gebieten mit steigender Verstädterung und steigendem Arbeiteranteil größere Wähleranteile mobilisieren konnte. Doch zeigt sie auch, daß dieser Zusammenhang in den katholischen Regionen nicht eindeutig ist. Erwartungsgemäß erzielte die SPD jedoch in den verstärkten evangelischen Regionen mit überdurchschnittlich vielen Erwerbstätigen in Industrie und Handwerk und überproportional hohen Arbeiteranteilen ihre besten Resultate. Die absoluten Tiefburgen befanden sich in den ländlichen katholischen Regionen mit niedrigen Anteilen Erwerbstätige in Industrie und Handwerk und unterdurchschnittlichen Arbeiter an teilen.

Die Wahrnehmung einiger SPD-Hochburgen hat einige Autoren zu Spekulationen über die relative Einflußstärke struktureller Faktoren veranlaßt. So behauptet zum Beispiel Guttsman, daß der Arbeiteranteil den größten Einfluß auf die Stärke der sozialistischen Parteien hatte. Das Stadt-Land-Verhältnis und die Konfessionsverteilung sei demgegenüber von sekundärer Bedeutung: »The overall size and distribution of the working class is clearly the mayor limiting factor in the mobilisation of the maximum socialist votes.« (36) Die Mobilisierungsleistung der SPD hing am Vorabend des Ersten Weltkrieges in erster Linie von drei Größen ab, und zwar dem Anteil der Katholiken, dem Grad der Verstädterung und der Industrialisierung. Weiß man die Werte dieser Größen, so kann man die Wähleranteile der SPD relativ genau prognostizieren. Die Kenntnis des Arbeiteranteils (im übrigen auch der Prozentsatz der Arbeiter in Industrie und Handwerk), erweist sich als ein wesentlich schlechterer Schätzer. Was die Entwicklung des sozialistischen Lagers in den Jahren 1912 bis 1924 angeht, so zeigen sich enorme Veränderungen hinsichtlich der Rekrutierung der Wählerschaft entlang den sozialen Konfliktlinien. Die Zuordnung von Sozialstruktur und sozialistischen Parteien verschiebt sich. Die multiplen Regressionsanalysen belegen, daß die strukturellen Faktoren auf die Wähleranteile der sozialistischen Parteien über die Zeit einen unterschiedlichen Einfluß ausübten. Zwar bleibt der negative Einfluß des Katholizismus in etwa gleichem Maße erhalten, doch zeigen sich hinsichtlich der Urbanisierung, Industrialisierung und des Arbeiteranteils gravierende Wandlungen. Der Einfluß der Verstädterung auf die Stärke des

sozialistischen Blocks geht stark zurück, während der des Arbeiteranteils rapide anwächst und im Jahre 1924 schließlich neben dem Katholikenanteil zum größten Einflußfaktor wird. Wie der Kontrastgruppenvergleich zeigt, geht diese überaus bedeutsame Veränderung u.a. darauf zurück, daß die Sozialisten vor allem in den ehemaligen Tiefburgen mit überdurchschnittlichen Arbeiteranteilen hinzugewinnen konnten und in den protestantischen städtischen Hochburgen große Wähleranteile einbüßen mußten. Bemerkenswert ist darüber hinaus, daß der relative Einfluß des Arbeiteranteils auf das sozialistische Lager stetig zunahm. Guttsmans generelle Sicht, daß der Arbeiteranteil den größten Einfluß auf die Stärke der sozialistischen Parteien ausübe, bestätigt sich nicht.

**Tabelle 14: Multiple Regression der Wähleranteile der Parteilager auf den Prozentsatz der Katholiken und den Arbeiteranteil**

Zielvariable		Katholikenanteil	Arbeiteranteil	R2
SOZ	1912	-.494	.294	41%
	1919	-.593	.262	50%
	1920	-.587	.438	68%
	1924	-.497	.556	70%
KATH	1912	.877	-.036	79%
	1919	.855	-.073	77%
	1920	.862	-.108	81%
	1924	.810	-.143	74%
KON	1912	-.489	-.105	22%
	1919	-.544	-.040	29%
	1920	-.652	-.173	39%
	1924	-.627	-.134	37%
ÜB	1912	-.575	-.063	31%
	1919	-.787	-.260	58%
	1920	-.732	.017	54%
	1924	-.610	.108	42%

Basis der Wähleranteile: Wahlberechtigte. Katholiken und Arbeiter 1925; Basis: Wohnbevölkerung 1925. Zelleinträge: Standardisierte Regressionskoeffizienten. Vorab gewichtet mit der Zahl der Wahlberechtigten zum jeweiligen Wahlzeitpunkt.

Wie oben ausgeführt, waren die konservativen Parteien bei der Reichstagswahl im Jahr 1912 vor allem in wenig industrialisierten evangelischen Gebieten erfolgreich. Die multiple Regressionsanalyse zeigt, daß neben diesen beiden Faktoren zwei weitere Größen die Stärke der Konservativen beeinflusste: die Urbanisierung und der Arbeiteranteil. Die konservativen Parteien waren besonders dort erfolgreich, wo der Anteil der Landarbeiter hoch war. Beim Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik bleibt die Erklärungsleistung dieser vier Faktoren zwar konstant (Ausnahme Wahl 1919), doch ändern sich die relativen Gewichte der die Konservati-

ven beeinflussenden Größen. Der Katholizismus wirkt noch etwas stärker zuungunsten der Konservativen, und der hemmende Einfluß der Verstärkung nimmt ab. Auch die positive Beeinflussung der Arbeiterschaft geht bis 1920 zurück, nimmt schließlich aber im Jahr 1924 wieder kräftig zu. Nun beschränkt von den hier betrachteten Bestimmungsgrößen neben dem Katholizismus vor allem die Industrialisierung die Ausbreitung des politischen Konservatismus. Die DNVP verzeichnete 1924 besonders in den wenig industrialisierten Gebieten mit überdurchschnittlichen Arbeiteranteilen Gewinne. Zudem zeigen die Kontrastgruppenvergleiche, daß beim Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik nirgends derart große Verschiebungen stattfanden wie in den tradierten Hochburgen der Konservativen. Insgesamt tragen die vier in die Analyse einbezogenen strukturellen Merkmale deutlich weniger zur Erklärung der Streuung der Wähleranteile der Konservativen bei als zur Erklärung der Streuung der Wähleranteile der Sozialisten und der Parteien des politischen Katholizismus, d.h. die Sozialstruktur hatte einen geringeren Einfluß auf die Entwicklung der Konservativen als auf die der beiden zuvor genannten politischen Alternativen.

Tabelle 15: Multiple Regression der Wähleranteile der Parteilager auf den Katholikenanteil, den Grad der Urbanisierung, der Industrialisierung und den Prozentsatz der Arbeiter

Parteilager	Kath	Urban	Indus	Arb	R2
<b>SOZ</b>					
1912	-.476	.412	.472	-.181	82%
1919	-.580	.162	.283	.024	61%
1920	-.575	.229	.218	.207	79%
1924	-.484	.144	.291	.324	80%
<b>KON</b>					
1912	-.503	-.419	-.345	.301	53%
1919	-.552	-.233	-.092	.125	35%
1920	-.662	-.336	-.143	.065	53%
1924	-.645	-.115	-.456	.177	55%
<b>LIB</b>					
1912	-.574	-.064	.113	-.091	32%
1919	-.787	.180	-.073	-.307	60%
1920	-.729	.264	-.024	-.092	59%
1924	-.601	.251	.156	-.015	51%
<b>KATH</b>					
1912	.877	-.102	.040	-.008	79%
1919	.856	-.140	.092	-.058	78%
1920	.860	-.131	.014	-.054	82%
1924	.812	-.210	.137	-.12	76%

Den geringsten Einfluß nahm die Sozialstruktur jedoch am Vorabend des Ersten Weltkrieges auf das Abschneiden des liberalen Lagers. Während



die Merkmale Katholikenanteil, Urbanisierung, Industrialisierung und Arbeiteranteil rund 80 Prozent der Varianz der Wähleranteile der SPD und des Zentrums und immerhin noch über 50 Prozent des konservativen Blocks erklären, erklären die vier Variablen vergleichsweise geringe 32 Prozent der Streuung der liberalen Wähleranteile. Die Erklärungsleistung geht zudem fast ausschließlich auf den für die Liberalen hemmenden Einfluß des Katholizismus zurück. Erst nach dem Ersten Weltkrieg tragen die übrigen drei sozialstatistischen Merkmale zur Erklärung der liberalen Streuung bei. Gleichzeitig steigt die Erklärungsleistung der Sozialstruktur erheblich an. Auffallend ist, daß der Katholizismus einen noch größeren hemmenden Einfluß gewinnt und die Verstärkung erst jetzt die Ausbreitung des politischen Liberalismus fördert. Es wird somit auch im liberalen Lager beim Übergang von der Monarchie zur liberalen Demokratie hinsichtlich der sozialen Rekrutierung ein Wandel sichtbar. Der Kontrastgruppenvergleich illustriert, daß der organisierte politische Liberalismus in den katholischen und evangelischen, den wenig und stark urbanisierten, den über- und unterdurchschnittlich industrialisierten sowie in den von über- und unterproportional vielen Arbeitern bewohnten Regionen erhebliche Verluste zu verzeichnen hatten, wenn auch in den Städten die Verluste nicht ganz das Ausmaß des evangelischen Landes erreichten.

## 5. Schlußfolgerungen

Die sozialstrukturellen Merkmale Katholikenanteil, Industrialisierung, Urbanisierung und Arbeiteranteil bestimmten am Vorabend des Ersten Weltkriegs in unterschiedlicher Weise die Wählerrekrutierung der Konservativen, Liberalen, Sozialdemokraten und des Zentrums. Die politisierte Sozialstruktur hatte im Kaiserreich regional unterschiedliche Parteiensysteme entstehen lassen. Beim Übergang von der Monarchie zur Republik nahm die Entwicklung der Sozialisten sowie des politischen Konservatismus je nach Sozialstruktur einen unterschiedlichen Verlauf. Die Relationen zwischen den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen und den politischen Hauptströmungen veränderten sich. Der Katholikenfaktor erweist sich als die über den gesamten Zeitraum zu beobachtende dominante strukturelle Determinante der Wählerrekrutierung. Die drei Merkmale Urbanisierung, Industrialisierung und Arbeiteranteil sind in bezug auf die Bestimmung der Wähleranteile der politischen Blöcke dem Katholizismus nicht nur deutlich nachgeordnet. Der Einfluß der Verstärkung, Industrialisierung und Arbeiterschaft änderte sich zudem im Laufe der Zeit. Die Zuordnung der Sozialstruktur zu den Parteilagern verschob sich teils allmählich und teils eruptiv. Allmählich verschob sich beispielsweise die

Zuordnung der Arbeiterschaft, eruptiv die der Urbanisierung zu den Sozialisten. Die Veränderungen zeigen den Wandel der sozialen Basis der politischen Lager beim Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Die für die Weimarer Republik bekannten Beziehungen zwischen der Sozialstruktur und den politischen Blöcken hatten nicht schon im Kaiserreich in allen Hinsichten bestanden, sondern bildeten sich zum Teil erst bei den ersten beiden Reichstagswahlen der Weimarer Republik heraus. Sozialisten, Konservative und Liberale erfuhren hinsichtlich der Wählermobilisierung nicht unwesentliche Veränderungen. Die sich verändernden Effektparameter, die die sich verändernde Art der Zuordnung von Sozialstruktur und Parteilagern belegen, widersprechen der generellen Stabilitätshypothese, wie sie Lipset und Rokkan sowie Lepsius und Ritter vertreten. Das Parteien**System** erwies sich in bezug auf die Wählerrekrutierung in den Jahren 1912 bis 1924 nicht als so stabil, wie man dies im Lichte der Stabilitätsannahme hätte erwarten dürfen. Vor allem die Bindung der evangelischen Landbevölkerung an die Konservativen erwies sich als wenig dauerhaft.

Wir wissen nunmehr, in welchem Ausmaß der Katholikenfaktor, die Industrialisierung und Urbanisierung sowie der Prozentsatz der Arbeiter die Ausprägung der regionalen Parteien **Systeme** beim Übergang von der Monarchie zur Weimarer Republik bestimmten und inwiefern Verschiebungen in der Zuordnung von Sozialstruktur und Parteien stattfanden. Fragt man jedoch, warum sich das Verhalten der einen sozialen Gruppierung veränderte, während das der anderen praktisch unverändert blieb, so sind noch viele Fragen offen. Im Lichte der Lazarsfeldschen und der Lipset-Rokkanschen Theorie werden diejenigen Wähler, die sich in einem System konzentrischer Kreise befinden, nicht selten als Stammwähler einer Partei bezeichnet (37). Im Lichte der Milieukonzeption sind es die in den Milieus integrierten Wahlberechtigten. In jeder dieser theoretischen Konstruktionen sind es diejenigen Wahlberechtigten, die eine mehr oder weniger ausgeprägte Parteiidentifikation aufweisen und deren Verhalten mehr oder weniger unabhängig von den politischen Ereignissen und den zur Wahl stehenden Kandidaten und Programmen der Parteien ist. Die Position in der Sozialstruktur, der Prozeß der Koalitionsbildung und der Druck, der von der Gruppe, der man angehört, ausgeht, sind hierfür bestimmend. Wählerwanderungen finden dann um so eher statt, je weniger ausgeprägt die im Prozeß der Koalitionsbildung entstandene Parteiloyalität ist, je weniger die Koalition verstärkt, d.h. je weniger man in die Gruppe, der angehört, integriert ist. Das Verhalten derjenigen Wahlberechtigten, die wenig in die soziale Gruppe oder Milieus integriert sind, wird eher durch die politischen Ereignisse und Wahlkampfthemen sowie die zur Wahl stehenden Kandidaten der politischen Strömungen beeinflußt. Individuen weisen also dann instabile politische Präferenzen auf und neigen

zu wechselndem Abstimmungsverhalten, wenn sie nur geringe Gruppenbindungen aufweisen oder wenig in Milieus integriert sind. Im Lichte der Cleavage-Theorie kann man daher vermuten, daß die Koalition etwa zwischen der evangelischen Landbevölkerung und den Konservativen nicht sehr stabil war, im Lichte der Lazarsfeldschen Bezugsgruppentheorie des Wählerverhaltens, daß die konservative Wahlnorm wenig ausgeprägt war, und im Lichte der Milieukonzeption, daß das in der Literatur angenommene konservative Milieu kein derart stabiles Überzeugungs- und Wertesystem hatte entstehen lassen, wie man dies eigentlich vermutet hätte.

Wenn man davon ausgeht, daß der Grad der Integration in eine formale Gruppe das politische Verhalten der Gruppenmitglieder beeinflußt, und wenn man in einigen Gruppen ein relativ stabiles, in anderen aber ein instabiles politisches Verhalten beobachtet, kann man bei Abwesenheit potentieller Störfaktoren zwar darauf schließen, daß der Grad der Integration in der einen Gruppe höher ist als in der anderen. Aber damit sind Veränderungen bzw. Umorientierungen noch nicht erklärt. Der Grad der Integration senkt oder hebt lediglich die Schwelle, die man überschreiten muß, bevor man einen Wechsel vornimmt. Personen, die sich in einem System sich kreuzender Kreise befinden, und Personen, die sich in einem wenig integrierten Milieu befinden, nehmen negative Einflüsse eher wahr als Personen, die einem hoch integrierten Milieu angehören. Konflikte zwischen verschiedenen Einstellungen werden mit geringerer Integration eher wahrgenommen und die Auftretswahrscheinlichkeit kognitiver Dissonanzen erhöht. Dominieren bei einer Wahl politische Streitfragen, die bei der vorherigen Wahl nur eine untergeordnete Rolle spielten, so kann die Beurteilung dieser Themen den Wechsel von Wahlverhalten erklären. Die Identifikation mit einer spezifischen Partei ändert sich zum Beispiel, wenn negativ bewertete Veränderungen an der Partei selbst wahrgenommen werden, oder wenn man zum Urteil kommt, daß eine andere politische Partei die wahrgenommenen Probleme besser zu lösen verspricht. Die Einstellungen zu neuen Themen sind jedoch schon latent vorhanden, bevor die Themen aufkommen. Welche Faktoren schließlich den Wechsel im politischen Verhalten großer Bevölkerungssegmente beim Übergang von der Monarchie zur Republik auslösten, kann mittels eines sozialstrukturellen Ansatzes alleine nicht geklärt werden. Benötigt werden zuverlässige Informationen über die relevanten Randbedingungen, über die politischen Einstellungen bestimmter Gruppen der Bevölkerung, wie z.B. die Beurteilung der Parteien, die Wichtigkeit politischer Themen etc. Die Aggregatdatenanalyse kann lediglich Hilfen geben. Zeigt die Entwicklung einer politischen Richtung keine veränderte Zuordnung zur Sozialstruktur, so werden gruppenunabhängige Einflüsse hierfür verantwortlich zu machen sein (38).

Unabhängig von den Erklärungsproblemen macht der Wandel im Verhältnis von Sozialstruktur und Parteien jedoch auf sich anbahnende Koa-

litionen aufmerksam. Es ist kein Zufall, daß die Nationalsozialisten in der Endphase der Weimarer Republik ihre soziale Basis in erster Linie in den evangelischen Landgebieten finden konnten.

### Anmerkungen

- 1) M. Rainer Lepsius, Parteien system und Sozialstruktur: zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: Wilhelm Abel u.a. (Hrsg.), *Wirtschaft, Gesellschaft und Wirtschaftsgeschichte. Festschrift zum 65. Geburtstag von Friedrich Lütge*, Stuttgart 1966, S. 377.
- 2) Gerhard A. Ritter, *Kontinuität und Umformung des deutschen Parteiensystems 1918-1920*, in: Eberhard Kolb (Hrsg.), *Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik*, Köln 1972, S. 255.
- 3) Lepsius, *Parteiensystem*, S. 377. Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan, *Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments. An Introduction*, in: Diess. (Hrsg.), *Party Systems and Voter Alignments*, New York 1967, S. 1-64.
- 4) Jürgen W. Falter, Thomas Lindenberger und Siegfried Schumann, *Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919-1933*, München 1986.
- 5) Vgl. u.a. Thomas Childers, *The Nazi Voter. The Social Foundation of Facism in Germany, 1919-1933*, Chapel Hill und London 1983; Jürgen W. Falter, *Hitlers Wähler*, München 1991; Jürgen W. Falter, Thomas Lindenberger und Siegfried Schumann, *Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919-1933*, München 1986; Dirk Hänisch, *Sozialstrukturelle Bestimmungsgründe des Wahlverhaltens in der Weimarer Republik. Eine Aggregatdaten analyse der Ergebnisse der Reichstagswahlen 1924 bis 1933*, Duisburg 1983.
- 6) Vgl. u.a. David P. Conradt, *The West German Party System: An Ecological Analysis of Social Structure and Voting Behavior, 1961-1969*, 2. Aufl., Beverly Hills und London 1972; Gerhard Mielke, *Sozialer Wandel und politische Dominanz in Baden-Württemberg. Eine politikwissenschaftlich-statistische Analyse des Zusammenhangs von Sozialstruktur und Wahlverhalten in einer ländlichen Region Berlin* 1987; Karl Schmitt, *Konfession und Wahlverhalten in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 1989; Derek W. Urwin, *Germany: Continuity and Change in Electoral Politics*, in: Richard Rose (Hrsg.), *Electoral Behavior. A Comparative Handbook*, London und New York 1974, S. 109-170.

- 7) Vgl. u.a. Lothar Albertin, Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik. Eine vergleichende Analyse der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei, Düsseldorf 1972; Wolfgang Hartenstein, Die Anfänge der Deutschen Volkspartei 1918-1920, Düsseldorf 1962; Susanne Miller, Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1974; Rudolf Morsey, Die Deutsche Zentrumspartei 1917-1923, Düsseldorf 1966; Gerhard A. Ritter, Kontinuität und Umformung des deutschen Parteien **Systems** 1918-1920, in: Eberhard Kolb (Hrsg.), Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, Köln 1972, S. 244-275; ders., Die sozialistischen Parteien in Deutschland zwischen Kaiserreich und Republik, in: Werner **Pols** (Hrsg.), Staat und Gesellschaft im politischen Wandel. Beiträge zur Geschichte der modernen Welt. Festschrift für Walter Bußmann, Stuttgart 1979, S. 100-156. Heinrich-August Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918-1924, 2. Aufl., Berlin und Bonn 1985.
- 8) Vgl. Jürgen Winkler, Die soziale Basis der sozialistischen Parteien vom Ende des Kaiserreichs bis zur Mitte der Weimarer Republik 1912-1924, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XXIX (1989), S. 137-171. Zur Frage der sozialen Determination des Wahlverhaltens beim Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik liegt ferner die teilweise problematische Arbeit von Horst Nöker, Der preussische Reichstagswähler in Kaiserreich und Republik 1912 und 1924. Analyse, Interpretation, Dokumentation, Berlin 1987, vor. Vgl. dazu Jürgen W. Falter, Neue Studien zum Wählerverhalten zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XXVIII (1988), S. 489-496.
- 9) Ritter, Kontinuität, S. 263.
- 10) Die verwendeten Daten entstammen folgenden Quellen: Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 250, 291, 315, 401, 402; Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reichs, Jg. 29, 1919, Ergänzungsheft 1: Die Wahlen zur Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung am 19. Januar 1919, Berlin 1919; Die von Preußen abgetretenen Gebiete mit einer Hauptübersicht, einem Gemeinde- und Ortschaftsverzeichnis der durch die neue Landesgrenze geteilten Kreise (...) nebst Flächengrößen und Einwohnerzahlen, bearb. von der Plankammer des Preußischen Statistischen Landesamtes, Berlin 1922; Adolf Böck, Die Berufsgliederung der Reichstagswahlkreise. Eine politisch-statistische Studie, Memmingen 1911. Beim Bau des Datensatzes wurde auf den Kreisdatensatz zurückgegriffen, der im Rahmen des von der Stiftung Volkswagenwerk geförderten Projekts »Wählerbewegungen zum Nationalsozialismus« unter der Leitung von Jürgen W. Falter erstellt worden ist.

- 11) Ritter, Kontinuität, S. 245
- 12) Vgl. insbesondere Gerhard A. Ritter, Die deutschen Parteien 1830-1914, Göttingen 1985, Kp. III.
- 13) Max Kaase, Die Bundestagswahl 1972. Probleme und Analysen, in: PVS, Jg. 14, 1973, S. 165.
- 14) Vgl. u.a. die in Anm. 5, 6, 7, 10 und 11 genannten Arbeiten.
- 15) Vgl. Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan, Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments. An Introduction, in: Diess. (Hrsg.), Party Systems and Voter Alignments, New York 1967, S. 1-64.
- 16) Franz Urban Pappi, Sozialstruktur, gesellschaftliche Wertorientierungen und Wahlabsicht. Ergebnisse eines Zeitvergleichs des deutschen Elektorats 1953 und 1976, in: PVS, Jg. 18, 1977, S. 195.
- 17) Vgl. Franz Urban Pappi, Sozialstruktur und politische Konflikte in der Bundesrepublik. Individual- und Kontextanalysen der Wahlentscheidung, unveröffentlichte Habilitationsschrift, Köln 1976.
- 18) Vgl. zur Problematik Franz Urban Pappi, Die konfessionell-religiöse Konfliktlinie in der deutschen Wählerschaft: Entstehung, Stabilität und Wandel, in: Dieter Oberndörfer/Hans Rattinger/Karl Schmitt (Hrsg.), Wirtschaftlicher Wandel, religiöser Wandel und Wertwandel. Folgen für das politische Verhalten in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1985, S. 263-290.
- 19) Adolf Braun, Die Reichstags wahlen von 1898 und 1903. Eine statistische Studie, in: Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik, Bd. 18, 1903, S. 560.
- 20) Rudolf Blank, Die soziale Zusammensetzung der sozialdemokratischen Wählerschaft Deutschlands, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 20, 1905, S. 507-550; Alois Klöcker, Die Konfession und die sozialdemokratische Wählerschaft 1907, München-Gladbach 1913.
- 21) Dieter Oberndörfer, Hans Rattinger und Karl Schmitt, Wirtschaftlicher Wandel, religiöser Wandel und Wertewandel. Eine Einführung, in: Dies. (Hrsg.), Wirtschaftlicher Wandel, religiöser Wandel und Wertewandel. Folgen für das politische Verhalten in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1985, S. 22.
- 22) Paul F. Lazarsfeld u.a., The People's Choice, New York 1944.
- 23) Leon A. Festinger, A Theory of Cognitive Dissonance, Stanford, Cal., 1954.
- 24) Vgl. hierzu Martin Irle, Lehrbuch der Sozialpsychologie, Göttingen 1975.
- 25) Oberndörfer, Rattinger und Schmitt, Wirtschaftlicher Wandel, S. 22f.
- 26) Die folgende Übersicht enthält die Zahl der Reichstagswahlkreise, die in die unterschiedlich zusammengesetzten Gruppen von Reichs-

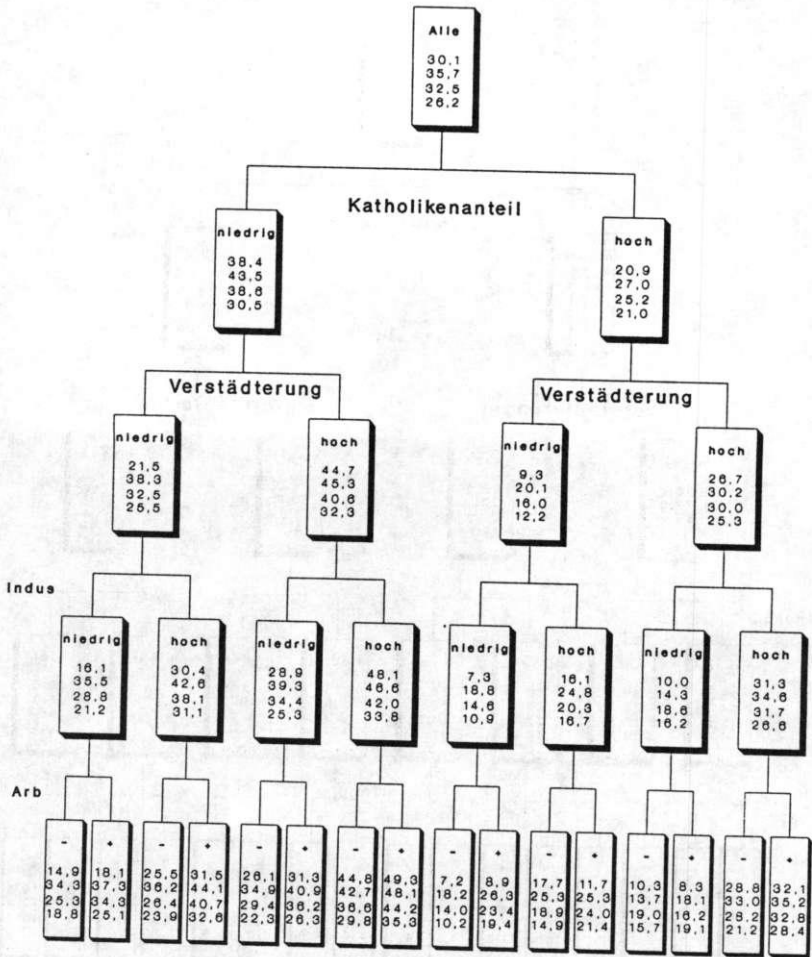
tagswahlkreisen fallen:

Die Mächtigkeit unterschiedlicher Typen von Reichstagswahlkreisen

Prozentsatz Katholiken (Quartil)	Erwerbstätige in Industrie und Handwerk (Quartil)				Alle
	I	II	III	IV	
I	32	11	23	33	99
II	26	14	29	31	100
III	16	41	22	21	100
IV	25	33	26	14	98
Alle	99	99	100	99	397

- 27) Franz Urban Pappi, Sozialstruktur, gesellschaftliche Wertorientierungen und Wahlabsicht. Ergebnisse eines Zeit Vergleichs des deutschen Elektors 1953 und 1976, in: PVS, Jg. 18, 1977, S. 195.
- 28) Lepsius, Parteien **System**, S. 377.
- 29) Lazarsfeld et al., People's Choice, S. 25. Von dieser Annahme gehen auch die Theoretiker der Parteiidentifikation aus. Vgl. z. B. Philip E. Converse, Of Time and Partisan Stability, in: Comparative Political Studies, Jg. 2, 1969, S. 139-171.
- 30) Vgl. u.a. Franz Urban Pappi, Die konfessionell-religiöse Konfliktlinie in der deutschen Wählerschaft: Entstehung, Stabilität, Wandel, in: Dieter Oberndörfer/Hans Rattinger/Karl Schmitt (Hrsg.), Wirtschaftlicher Wandel, religiöser Wandel und Wertwandel. Folgen für das politische Verhalten in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1985, S. 263-290.
- 31) Auf diesen Sachverhalt hat vor allem William Kornhauser, The Politics of Mass Society, London 1959, hingewiesen.
- 32) Ritter, Die deutschen Parteien 1830-1914. Parteien und Gesellschaft im konstitutionellen Regierungssystem, Göttingen 1985, S. 61.
- 33) Lepsius, Parteien **System**, S. 379.
- 34) Lepsius, Parteien **System**, S. 372.
- 35) Die Interkorrelationen zwischen den unabhängigen Variablen sind folgende: Der Katholikenanteil korreliert mit der Verstädterung mit  $-.15$ , mit der Industrialisierung mit  $-.19$  und mit dem Anteil der Arbeiter mit  $-.27$ . Die Urbanisierung korreliert mit der Industrialisierung mit  $.63$  und mit dem Prozentsatz der Arbeiter mit  $.49$ . Die Korrelation zwischen der Industrialisierung und dem Arbeiteranteil beträgt  $.58$ .
- 36) Wilhelm Leo Guttsman, The German Social Democratic Party, 1875-1933. From Ghetto to Government, London 1981, S. 84.
- 37) So z. B. bei Werner Kaltefleiter und Peter Nißen, Empirische Wahlforschung. Eine Einführung in Theorie und Technik, Paderborn u.a. 1980, S. 105.
- 38) Vgl. Pappi, Franz Urban Pappi, Sozialstruktur, gesellschaftliche Wertorientierungen und Wahlabsicht, S. 201.

# Die sozialistischen Parteien im Kontrastgruppenvergleich



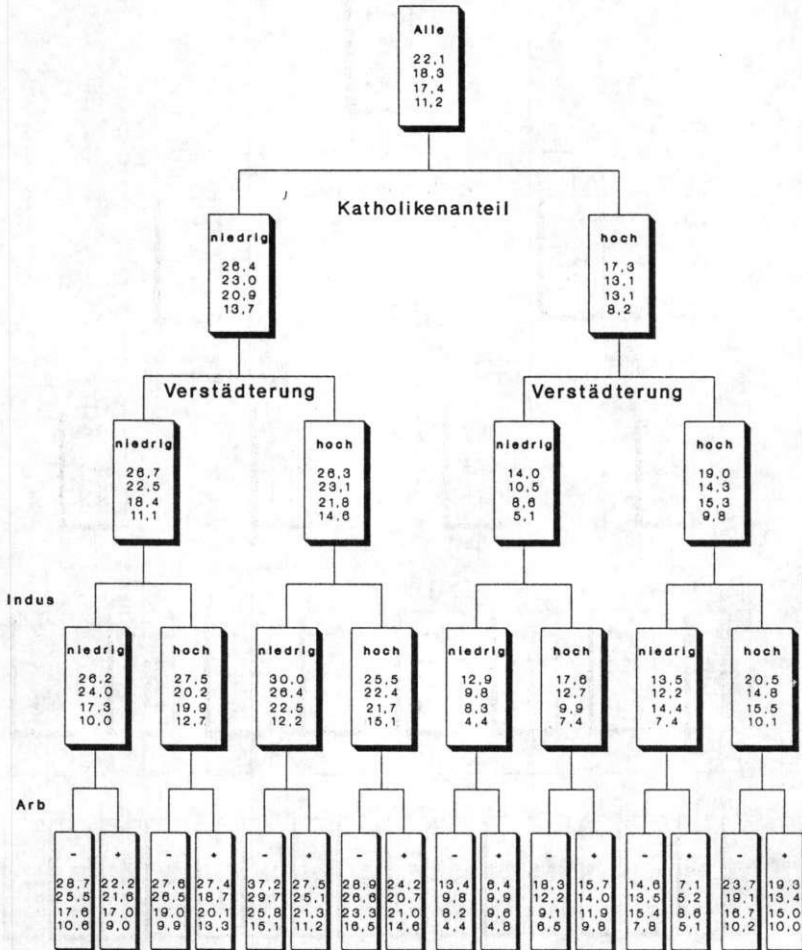
Indus: Erwerbstätige in Industrie und Handwerk

Arb: Arbeiteranteil

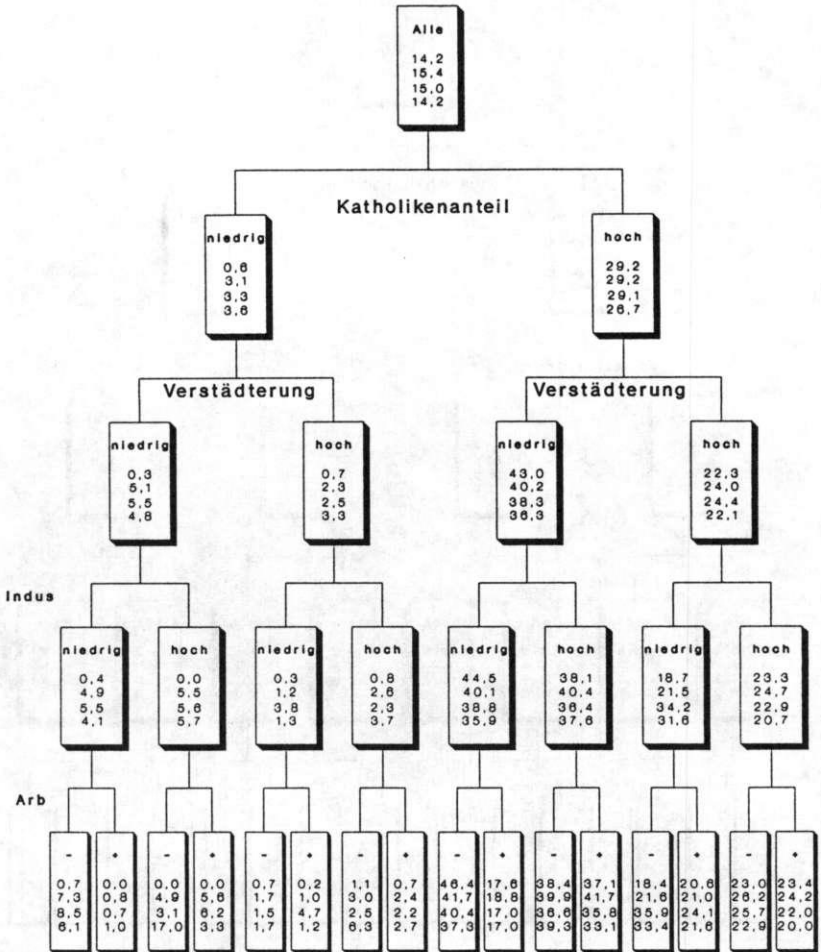
Zelle 1: 1912; Zelle 2: 1919; Zelle 3: 1920; Zelle 4: 1924



# Die liberalen Parteien im Kontrastgruppenvergleich



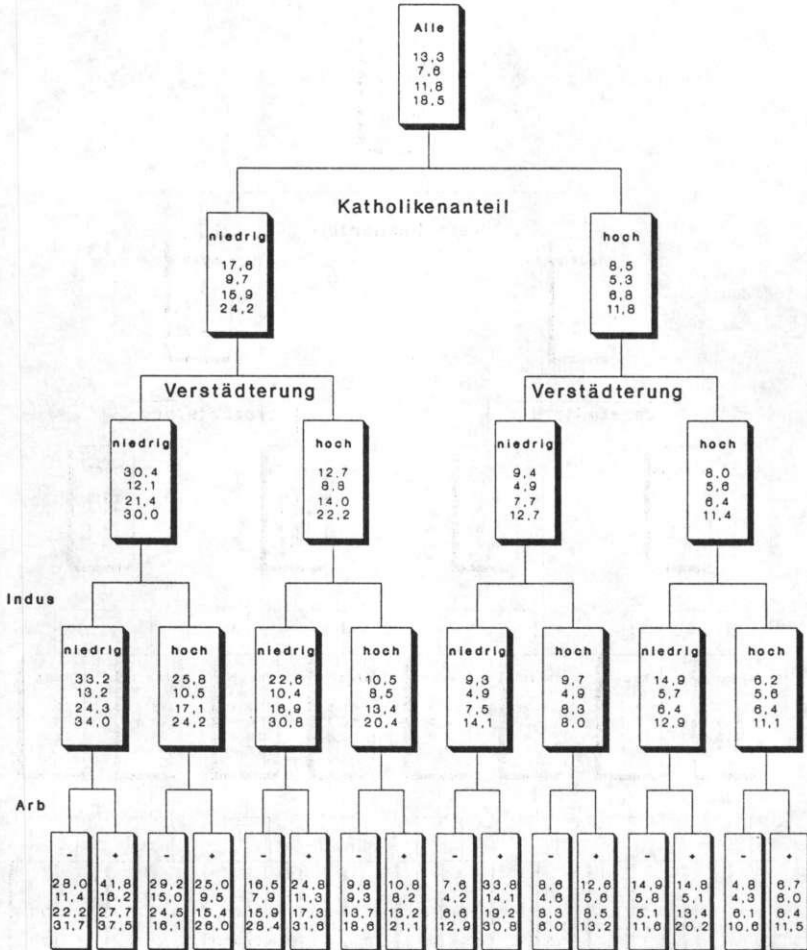
# Die katholischen Parteien im Kontrastgruppenvergleich



Indus: Erwerbstätige in Industrie und Handwerk  
 Zelle 1: 1912; Zelle 2: 1919; Zelle 3: 1920; Zelle 4: 1924

Arb: Arbeiteranteil

# Die konservativen Parteien im Kontrastgruppenvergleich



Indus: Erwerbstätige in Industrie und Handwerk

Arb: Arbeiteranteil

Zelle 1: 1912; Zelle 2: 1919; Zelle 3: 1920; Zelle 4: 1924